Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kr..., Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, den 29. Juni 1925 | 5. Jahrgang * Nr. 135

Rot Front marschiert!

Roter Tag in der Reichsbanner- und Stahlhelm-Hochburg Magdeburg

(Bericht unseres Korrespondenten.)

Gestern fand für unseren Nachbarbezirk Magdeburg-Anhalt in **Magdeburg** ein Roter Tag statt. In der Hochburg des Reichsbanners und Stahlhelms marschierten zu einer gewaltigen Massendemonstration **10 000 Proletarier** auf, um der Fahnenübergabe der Magdeburger Genossen beizuwohnen. Aus dem ganzen Reiche waren zahlreiche Delegationen erschienen, so aus **Halle, Leipzig, Merzen, Altenburg, Hamburg, Berlin, Oberschlesien, Hannover, Brandenburg, Erfurt usw.** Besonders gut vertreten war die **Mansfelder Gegend.** Am Sonntagvormittag zogen die roten Frontkämpfer schon zu Tausenden aus allen Stadtteilen der Reichsbannerstadt nach dem **Domplatz,** wo eine Massenkundgebung stattfand. Es wurden **178 Fahnen** gezählt. Nachdem der Aufmarsch vollzogen war, entbot ein Magdeburger Genosse den Roten Frontkämpfern die aus nah und fern herbeigeeilt waren, ein herzliches Willkommen und sprach den Wunsch aus, daß der Rote Tag dazu beitrage, auch in Magdeburg die rote Front zu stärken. Alsdann sprach der Vertreter der Bundesleitung, **Kamerad König.** Auch er sprach im Namen der Bundesleitung den Wunsch aus, **die noch indifferenten Arbeiter Magdeburgs recht bald in der roten Front** zu sehen. Nach ihm sprach ein Frontkämpfer aus Hamburg für den Bezirk Wasserkante. Genosse Abel, Hannover, überbrachte brüderliche Grüße vom Bezirk Niedersachsen. Nach ihm betonte Eberts, Westsachsen, **den Geist der roten Front** nach diesem glänzenden Aufmarsch auch **in die Betriebe zu tragen.** Alsdann sprach noch Genosse Schüle, Berlin. Nunmehr kam der **Vertreter des chinesischen Proletariats** zu Worte. Er überbrachte zunächst die brüderlichen Grüße des kämpfenden chinesischen Proletariats und sprach dann über die revolutionären Kämpfe der chinesischen Arbeiter und Bauern: **„China kämpft gegen die internationale Ausbeutung und gegen den Weltimperialismus".** An der Solidarität des Weltproletariats sollen die tückischen Anschläge der imperialistischen Ausbeuterlippe scheitern. Nach ihm sprach der Vertreter der KPD., der dem Genossen **Pünan-Kao** die **Sympathie der deutschen Arbeiter mit dem chinesischen Proletariat versicherte.** Hierauf fand die feierliche Fahnenübergabe an die Magdeburger Frontkämpfer statt. Mit dem wuchtigen **Massengesang der Internationale** wurde die Massenkundgebung geschlossen und die roten Frontkämpfer formierten sich zu einer machtvollen Demonstration. Vor dem Justizpalast, in dem noch heute viele politische Gefangene schmachten, ertönte der vieltausendstimmige Ruf: **„Heraus mit den politischen Gefangenen".** Am späten Nachmittag löste sich der Zug auf, und die Genossen fuhren in ihre Bezirke zurück, um dort in den Betrieben, in Stadt und Land den Erfolg des Roten Tages auszuwerten und aufs neue für die rote Front zu werben.

•

Resolutionen für die Vollamnestie, für die Freiheit des chinesischen Volkes und gegen den Steuer- und Zollraubzug der monarchistischen Luther-Regierung wurden einstimmig angenommen.

35 Jahre „Bergische Arbeiterstimme"

Massendemonstrationen für die rote Front in Solingen

(Eig. Drahtm.) **Solingen,** 29. Juni.

Unser Solinger Parteiblatt konnte in diesen Tagen auf 35 Jahre ununterbrochenen Erscheinens unter dem gleichen Titel zurückblicken. Da die SPD.- und USPD.-„Treuhänder" in vielen Fällen gegen den Willen der großen Masse der Parteimitglieder, meist mit Schupo und Klassenrichtern, Besitz von den alten Parteiblättern ergriffen, sind die Zeitungen der KPD. meist neu geschaffene Unternehmungen. Unter diesen Umständen ist die BAZ. in Solingen das älteste Blatt unter den Organen der Partei. Dort haben sich die revolutionär gesinnten Proleten auch bei der Behauptung der Zeitung jedesmal gegen die Reformisten durchgesetzt. Kein Wunder, daß das Jubiläum des 35jährigen Erscheinens bei der SPD. einen neuen Wutanfall auslöste, der in dem „Solinger „Volksblatt" in dem Satze sich ausdrückte: „Das alte Blatt der Solinger Arbeiter befindet sich leider heute in der Hand einer kleinen Gruppe gewalttätiger Terroristen."

Nun hatte Partei und Verlag aus Anlaß des Jubiläums eine Reihe von Veranstaltungen getroffen, die von vielen Tausenden besucht waren undn die den SPD.-Lügenpetern einen Schlag aufs Maul bedeuteten. Am Sonnabend nachmittag durchzog ein **gewaltiger Demonstrationszug** die Straßen von Solingen, in denen viele Propagandawagen fuhren. Nicht nur die Partei beteiligte sich daran, sondern auch viele Gewerkschaften und Vereine in sehr großer Zahl. Er fand seinen Abschluß in einem großen internationalen Massen-Meeting, auf dem die Genossen Geschke, Berlin, Kilian-Halle, sowie ein Vertreter des kämpfenden China und ein englischer Genosse, zugleich im Namen der Komintern sprachen. Abends war im größten Saale Solingens eine **überfüllte Veranstaltung.** Zwischen künstlerischen Aufführungen, eine scharfe Satire auf die Ebert-Barmat-Hindenburg-Republik, kam eine große Schar von auswärtigen Partei- und Parteizeitungsdelegationen zu Wort, um dem Solinger Proletariat Glückwunsch und Brudergruß zum Zeitungsjubiläum zu überbringen. Der Vertreter des mitteldeutschen Proletariats, der für Bezirksleitung Halle-Merseburg, den „Klassenkampf" und die preußische Landtagsfraktion sprach, und die festgeschlossene Kampffront der mitteldeutschen Arbeiter feierte, fand besonders freudige Zustimmung.

Während in den größeren Städten des Kreises Solingen Sonntag früh eine **Werbeaktion** für das Blatt durchgeführt wurde, fand zu der gleichen Zeit ein **Meeting** im unteren Kreise statt, in Wiesdorf-Leverkusen, wo die Gitthütten der Farbengewaltigen mit Dr. Duisburg vom Reichsverband der Industrie an der Spitze liegen. Trotzdem die preußische Polizei in trauter Uebereinstimmung mit der englischen Besatzungsbehörde den geplanten Demonstrationszug durch die Kolonie der Leverkusener Farbkumpels vereitelte und der englische Genosse sich „unsichtbar" machen mußte, weil sich die Engländer auf Grund seiner Rede in Solingen für ihn interessierten, machte die Demonstration auf dem Marktplatz großen Eindruck, weil der Vertreter des revolutionären China und noch ein spanischer Genosse trotzdem sprachen. Auch Genosse Kilian ergriff das Wort, um die Solidarität der mitteldeutschen mit den Leverkusener Chemieproleten zu versichern. Zum Schluß feierte er das Bündnis der deutschen Revolutionäre mit denen Chinas, das geschaffen sei durch das dazwischen liegende rote Rußland, was zugleich das Bündnis des unterdrückten Europa mit dem unterdrückten Asien verkörpere.

Die „Bergische Arbeiterstimme" ist zu dem Jubiläum als zweifarbig gedruckte illustrierte Festausgabe von 32 Seiten Umfang erschienen.

Das Arbeitersportfest im Grunewald-Stadion

Massenruf der 35 000: Heraus mit den politischen Gefangenen

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 29. Juni.

Das Arbeitersportfest im Grunewald-Stadion aus Anlaß des Reichsarbeitersporttages gestaltete sich zu einer spontanen Kundgebung der Arbeitermassen für die Vollamnestie. Ueber 35 000 Anwesende stimmten spontan in den Ruf „Heraus mit den politischen Gefangenen" ein, als die Arbeiterschachspieler vorbeizogen. Die Veranstaltung hatte ein rein proletarisches Klassenkampfgepräge. Außer einigen Vereinsfahnen waren nur rote Fahnen zu sehen. Die Massenversammlung der Veranstaltung muß angesichts des Umstandes, daß die sozialdemokratische Presse es abgelehnt hatte, sie bekanntzumachen, besonders hervorgehoben werden. Als Einleitung zum Reichsarbeitersporttag demonstrierten Sonntag früh Arbeiterwanderer unter roten Fahnen durch den Berliner Westen.

•

Massenaufmarsch zur Solidarität mit China

Am Freitagabend fand in Barmen eine Massenkundgebung zur Solidaritätskundgebung mit dem um Freiheit kämpfenden China statt. Trotzdem die Kundgebung **plötzlich einberufen und nur ein Tag Vorbereitung möglich war,** wies sie eine **ungeheure Massenbeteiligung auf.** Der Genosse Chen Tung Ku als Redner für die Kundgebung wurde vom RFB. am Bahnhof empfangen und von den Massen stürmisch mit einem Hoch auf das revolutionäre China begrüßt. **Der große Rathausplatz, auf dem die Kundgebung stattfand, war von einer ungeheuren Menschenmenge besucht, die begeistert ihre Solidarität mit den Kämpfen des chinesischen Volkes gegen die imperialistischen Räuber bekundete.** Die Kundgebung schloß mit einem brausenden: Heraus mit unseren politischen Gefangenen!

•

Erfurt. Eine Massenkundgebung mit dem Thema: Befreiungskampf der Arbeiter, Bauern und Studenten Chinas fand im großen Saale des Reichshallentheaters statt. Die Versammlung war überfüllt. Der chinesische Genosse wurde von der Arbeiterschaft mit einem dreifachen Hoch auf die chinesische Revolution begrüßt. Die Versammlung sandte ein Sympathietelegramm an die Kuomintang-Partei.

Der Blutrausch Zankoffs

7 neue Todesurteile bestätigt

(WTB.) **Sofia,** 29. Juni.

Nach einer Meldung des Regierungsblattes „Rjetsch" hat das Kriegsgericht in Sanokoff die Kommunistenführer Litschoff, Nowinski, Gergeff, Kantardjeff, Gabeff, Petkoff und Sliwenski zum Tode und 2 250 000 Leva Geldstrafe verurteilt. Sieben andere Kommunisten sind zu Kerker und 850 000 Leva Geldstrafe verurteilt worden. Der Militärkassationshof hat die Todesurteile gegen die Kommunistenführer in Tschirpan Petkoff, Iwanoff, Hubenoff und Iliefs bestätigt.

Was lehrt die Zolldebatte im Reichstag?

Von **Arthur Rosenberg**

In der Zolldebatte des Reichstags hat von den großen Parteien nur die KPD. mit **offenen Karten** gespielt. Alle anderen, die Deutschnationalen so gut wie die Sozialdemokraten, die Deutsche Volkspartei so gut wie das Zentrum haben ihre Stellungnahme zu den Hauptfragen **verschleiert.** Das ist leicht erklärlich. Es gibt nämlich in der Zollfrage drei Programme: Erstens

das Programm der werktätigen Massen,

das Programm der Arbeiter, Angestellten und Beamten und überhaupt der vielen Millionen Männer und Frauen, die als **Konsumenten** die Lasten des Zolltarifes zu tragen hätten. Für dieses Programm ist im Reichstag nur die kommunistische Fraktion eingetreten. Die Kommunisten sagten: **Keine Lebensmittelzölle und keine Industriezölle.** Höchstens ausgesprochene Luxuswaren wie Champagner und Diamanten mag man mit Zöllen belegen. Außerdem **fort mit der Umsatzsteuer!** Die kommunistische Fraktion hat von Anfang an ganz bewußt mit der Zollfrage die Frage der Umsatzsteuer verbunden, dieser wahnwitzigen Abgabe, die mehr als alles andere die Lebenshaltung der werktätigen Massen in Deutschland verteuert. Nach einer **amtlichen** Berechnung der Regierung vom vorigen Herbst **steckten in jeder Mark, die der Arbeiter für Brot ausgab, acht Pfennige Umsatzsteuer.** In je 100 Mark, die ein Landwirt für eine Maschine ausgab, steckten 7 Mark Umsatzsteuer. **Die Umsatzsteuer ist also genau so schlimm wie die Zölle.** Wer dem schwer bedrängten Proletariat helfen will, muß nicht nur den Zoll abwehren, sondern auch die Umsatzsteuer beseitigen.

Zweitens haben wir im Reichstag

das Programm des Landbundes.

Der Landbund will hohe Getreidezölle; er will sich die Getreidezölle durch die sogenannte Bindung sichern lassen. Gewöhnliche Zollsätze stellen nämlich nicht das letzte Wort der betreffenden Regierung dar, sondern man kann sich durch Handelsverträge noch etwas abhandeln lassen. Wenn ein Zollsatz aber gebunden ist, so bedeutet dies, daß die deutsche Regierung in keinem Handelsvertrag mit irgendeinem fremden Staat unter den festgelegten Zoll heruntergehen darf. So will der Landbund sich die Zölle für die Hauptgetreidearten „mündelsicher" gestalten. Mit Hilfe des Grafen Kanitz hat der Landbund die **gebundenen Getreidezölle** in die Regierungsvorlage hereingebracht. Hinter dem Landbund steht ein Teil der Deutschnationalen sowie einige Vertreter der Deutschen Volkspartei. Dazu kommen Zentrumsagrarier, die verwandte Bestrebungen verfolgen.

Drittens gibt es im Reichstag

das Programm der Industrie.

Die Industriellen wollen Zollschutz für die Industriewaren. Dabei zanken sich die einzelnen Verbände der Schwer- und Fertigindustrie um die Zollsätze, bei denen sie in jedem Fall am besten verdienen können. Diese speziellen Streitigkeiten werden in den Ausschußberatungen des Zolltarifes noch eine große Rolle spielen, aber für die politische Grundlinie können wir sie hier außer acht lassen. Die Industrie hat aber **kein Interesse an ganz festen hohen Getreidezöllen,** denn wenn der Arbeiter erst spürt, wie das Brot verteuert wird, stellt er Lohnforderungen, und das ist für die Industriellen mindestens peinlich. So hat der Reichsverband der deutschen Industrie, die allmächtige Spitzenorganisation des Unternehmertums, ganz offen **die gebundenen Getreidezölle abgelehnt.** Im Reichstag beherrscht die Schwerindustrie die Deutsche Volkspartei. Sie hat starken Einfluß im Zentrum, eine starke Gruppe bei den Deutschnationalen. Die Fertigindustrie beherrscht die Demokraten. Endlich ist die SPD., **weil diese sich nur einen kapitalistischen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft denken kann,** geneigt, in solchen Fragen mit der Industrie zusammenzugehen.

•

Diese Gegensätze erzeugten **die Unsicherheit und das Schwanken,** wie es in den Reichstagsdebatten zutage tritt. Der deutschnationale Redner vertrat aus Rücksicht auf den Landbund die Regierungsvorlage nebst den gebundenen Getreidezöllen, aber er hütete sich, zu sagen, was die Deutschnationalen tun werden, falls die gebundenen Getreidezölle scheitern. Die Landbundabgeordneten möchten in diesem Fall sofort in schärfste Opposition treten, aber Industriekönige, wie **Hugenberg** von der Firma Krupp und **Dr. Reichert,** der Syndikus der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie, haben bei den Deutschnationalen auch noch ein Wort mitzureden.

Der Sprecher der Deutschen Volkspartei, **Dr. Schneider** von den sächsischen Industriellen begeisterte sich für die Industriezölle, er war im Prinzip auch für Zollschutz der Landwirtschaft, aber er schwieg sich beharrlich über den Zankapfel der gebundenen Getreidezölle aus. Angesichts die gleiche Linie hielt der Zentrumsredner ein.

Endlich **Herr Wissell** von der Sozialdemokratie wetterte gegen die hohen Getreidezölle, er ließ aber durchblicken, daß seine Fraktion unter Umständen **für maßvolle Industriezölle** zu haben sein wird. Wie sich

Enthüllungen über deutschnationale Aufwertungsbetrüger auf der 5. Seite!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250629-16/fragment/page=0001

die SPD. zu „mäßigen" ungebundenen Agrarzöllen stellen würde, darüber schwieg Wissell.

Die Lage ist also so: **nach dem entscheidenden Spruch des Reichsverbandes der Industrie ist im Reichstag wahrscheinlich für die gebundenen Getreidezölle keine Mehrheit zu finden.** Wohl aber ist eine Mehrheit für „vernünftige" ungebundene Zölle vorhanden, die von Dr. Reichert bis Hilferding, von dem „vernünftigen" Teil der Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, die sämtlich „vernünftig" sind, reicht.

So ergibt sich eine

Doppelaufgabe des Proletariats.

1. Muß das Proletariat durch eine Massenbewegung jeden Versuch, die gebundenen Getreidezölle doch noch durch eine Hintertür hineinzubringen, vereiteln.
2. Muß die Arbeiterschaft durch die Kraft ihrer Organisationen dem ganzen Zollplan einschließlich der Industriezölle den Garaus machen.

Die zweite Aufgabe ist mindestens ebenso wichtig wie die erste; denn die sogenannten „gemäßigten ungebundenen" Zölle werden indirekt das Brot genau so verteuern, wie es die brutale Zollforderung des Landbundes auf direktem Wege erreichen würde.

Im Kampf gegen den Landbund und seine Forderungen wird die SPD. sich „heldenmütig" zeigen, weil sie **dabei der stillen Sympathie der Industriellen sicher ist. Aber wie die Rede Wissells bewiesen hat,** zeigt die SPD. keine ernste Neigung, den Kampf gegen den gesamten Zollplan des deutschen Unternehmertums aufzunehmen.

Um so entschiedener müssen unsere Genossen **im Betrieb und in der Gewerkschaft** den Kampf gegen den gesamten Zollplan der deutschen Bourgeoisie führen. Die Führer des ADGB. müssen vorwärts gepeitscht werden! Die kommunistische Reichstagsfraktion hat erneut mit aller Bestimmtheit erklärt, daß wir **jeden ernsthaften Kampf der SPD. und des ADGB. gegen den Zoll unterstützen** werden. Den Herrschaften wird jeder Vorwand entzogen werden, die Verantwortung für ihre Unzulänglichkeit im großen oder im kleinen auf die Kommunisten zu schieben. Aber wir werden **keine Zweideutigkeiten dulden.** Besonders auch in den kommenden Ausschußberatungen des Reichstages über die Einzelheiten der Zollvorlage werden wir die Sozialdemokratie zwingen, Farbe zu bekennen.

Der Zollfischzug der deutschen Bourgeoisie kann nur dann gelingen, wenn die SPD. es duldet oder gar mithilft. Das soll sich jeder Arbeiter gesagt sein lassen!

Sie kriechen zu Kreuze

Vergebliche Oppositionsversuche deutschnationaler Gruppen

Berlin. Die „Deutsche Zeitung" (Alldeutscher Verband) berichtet von einer Sitzung der **deutschnationalen Vorstände der Landesverbände Hamburg, Hannover-Ost, Osnabrück, Oldenburg, Ostfriesland und Bremen,** welche in einer einstimmigen Entschließung die Außenpolitik der Luther-Regierung verurteilte und den Rücktritt Stresemans forderte. Die Entschließung lügt eine Differenz zwischen Stresemann und den deutschnationalen Reichsministern in den außenpolitischen Fragen zusammen. Die Reichsregierung entlarvt heute selbst die deutschnationalen Machenschaften. Sie verbreitet eine **amtliche Verwahrung gegen die Lügen der Hugenberg-Presse,** die behauptet hatte, die Reichsregierung rechne innerlich auf keinen Erfolg des Sicherheitspaktes und versuche nur herauszuarbeiten, woran er scheitern müsse. Die Reichsregierung sagt dazu, das stehe im vollen Gegensatz zu der Auffassung des gesamten Reichskabinetts. Es ist damit dokumentiert, daß **die deutschnationalen Krautbarone genau so an der Verschacherung der deutschen Arbeiterschaft an das Ententekapital arbeiten, wie die Schlotbarone unter Stresemann.**

*

Aus Furcht, die Schwerindustrie könnte an dem Vorstoß gegen den Sicherheitspakt Anstoß nehmen und wegen der Zollvorlage Schwierigkeiten machen, werden die Deutschnationalen ganz klein und wenden sich in äußerst scharfer Weise **gegen die Quertreiber in ihren eigenen Reihen.** Die offizielle deutschnationale Pressestelle beeilt sich, mitzuteilen, daß der **Vorstoß der nordwestdeutschen Partei-Instanzen nicht den Absichten der Partei entspricht,** und die Deutschnationale Volkspartei einem „gesunden" **Sicherheitsgedanken** natürlich **positiv** gegenüberstehe.

*

Am Sonnabendvormittag sind die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Konferenz über den Sicherheitspakt zusammengetreten, an der alle Reichsminister teilnahmen. Nach Reden Luthers und Stresemanns billigten die Ministerpräsidenten die Absicht der Reichsregierung, mit den Alliierten umgehend zu weiteren Verhandlungen zu kommen.

Die amtliche Bestätigung des Reichskabinetts

Die Bestätigung, daß das Reichskabinett einig ist in der Unterwerfung unter den Sicherheitspakt, erbringt folgende **amtliche Meldung** unter dem 27. Juni:

In der heutigen Besprechung des Reichskabinetts mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder, die mit einer kurzen Mittagspause von 10 Uhr morgens bis gegen Abend dauerte, wurden die wichtigsten zurzeit im Vordergrunde stehenden außenpolitischen Probleme eingehend erörtert. Hierbei ergab sich eine grundsätzliche Uebereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der zu treffenden entsprechenden Maßnahmen.

Der deutschnationale Parteivorstand macht alles mit

Natürlich „kein Austritt aus der Regierung"

Auch der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei denkt gar nicht daran, jetzt seine alten nationalistischen Phrasen in die Wirklichkeit umzusetzen. **Ohne Rücksicht auf die Empörung breiter Kreise der deutschnationalen Mitglieder, ohne Rücksicht vor allem auch auf die bisherigen deutschnationalen Aufwertungsgläubiger erklären die Hergt, Westarp und Konsorten für die Deutschnationalen ihr völliges Einverständnis mit der Regierung, die ebenso vor den „Feinden" kapituliert, wie sie die kleinen Sparer betrügt.**

Den Beweis erbringt folgende **offizielle Meldung der deutschnationalen Pressestelle** vom 27. Juni:

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei, erweitert durch die Vorsitzenden des Landesverbandes, hielt heute eine Sitzung ab. Nach einleitender Ansprache des Parteivorsitzenden **Dr. Winkler,** M. d. L., hielten Referate Graf **Westarp** zur auswärtigen Lage, Dr. Lejeune-Jung zur Zollpolitik, **Hergt** zur Aufwertungsfrage. Eine ausgiebige Aussprache ergab die **völlige Einmütigkeit** der Versammlung, die den Referenten mit lebhaftem Beifall dankte.

Es wurde darauf folgende **Entschließung** gefaßt:

Die Deutschnationale Volkspartei hält es angesichts der gewaltigen gegenwärtig vorliegenden außenpolitischen und innenpolitischen Aufgaben mehr denn je für ihre Pflicht, ihren Einfluß in der Regierung zu wahren und nachhaltig dafür einzusetzen, daß die schwebenden großen Fragen der Politik ihre Lösung in einer Weise finden, die den Lebensinteressen und der Würde des Deutschen Reiches entspricht. Schon deshalb sind alle Gerüchte, nach denen sie ihren Austritt aus der Regierung beabsichtige und vorbereite, völlig unbegründet.

Englische Hetze zum Krieg gegen Sowjet-Rußland

London. Der „Daily Telegraph" richtet in sensationeller **Aufmachung außerordentlich heftige Angriffe gegen Sowjet-Rußland und fordert die englische Regierung auf, die Beziehungen mit Rußland vollständig abzubrechen und den russischen Gesandten Rakowski aus England auszuweisen. Als Begründung wurden die üblichen antibolschewistischen Lügen gebraucht. Sowjetagenten und Sowjetgeld seien angeblich hinter der fremdfeindlichen Bewegung in China tätig,** der russische Botschafter in Peking unterstütze die Aufständischen; die chinesische Regierung müsse aufgefordert werden, ihn ebenfalls aus Peking auszuweisen. Das britische Kabinett müsse **unverzüglich dazu Stellung nehmen, daß Sowjet-Rußland das im Jahre 1921 abgeschlossene englisch-russische Handelsübereinkommen gebrochen habe und weiterhin gegen den ausländischen Imperialismus in Asien agitiere. Da man sehe, daß Rußland gegen die zivilisierte Welt insgesamt hetze, müßten sich die führenden Mächte dieser gemeinsamen Gefahr gegenüber nicht nur in China, sondern überall zusammenschließen und gemeinsam Politik machen.**

*

London. Die vom „Daily Telegraph" eingeleitete Hetzkampagne gegen Sowjet-Rußland wird verschärft weitergeführt. Die Anwesenheit **diplomatischer Vertreter der Sowjetregierung in England bedeute einen Skandal und eine gefährliche Drohung für Gesetz und Ordnung. Man müsse eine sofortige Aktion der Regierung fordern.** Daß hinter diesen unerhörten Angriffen direkt die konservative Regierung steht, wird dadurch noch augenfälliger, daß die offiziöse „Times" die Hetze aufnimmt und in einem Leitartikel sagt, man müsse sich vor Augen halten, daß die Zerstörung des britischen Handels und die Vertreibung britischer Untertanen aus dem Fernen Osten das Werk einer Regierung sei, mit der England „noch immer" in amtlichen diplomatischen Beziehungen stehe.

Der erste Freiwillige für einen Krieg gegen Sowjet-Rußland

SPD. und Schwerindustrie im antisowjet-russischen Bunde

Das deutsche Ausbeutertum ist drauf und dran, den Garantiepakt abzuschließen, in den „Völkerbund" einzutreten, sich als Kettenhund Englands in die Front gegen Räte-Rußland einzureihen.

In der Gier nach Steigerung der Profite und in der lächerlichen Hoffnung, im Schwanze des englischen Imperialismus den eigenen zu stärken. Der Garantiepakt richtet sich eindeutig gegen die russische Arbeiter- und Bauernmacht, gegen die deutsche und gesamte Weltarbeiterschaft und Freiheitsbestrebungen der unterjochten Völker Chinas, Indiens, Marokkos. Wie die deutsche Schwerindustrie und ihre sozialdemokratischen Agenten zusammengehen, zeigt folgende Gegenüberstellung zweier Notizen aus:

den schwerindustriellen „Düsseldorfer Nachrichten" vom 27. Juni:

„England mußte alles darauf anlegen, Deutschland von Rußland zu trennen und es in eine westliche Kombination einzubeziehen. „Die Abkehr von Rapallo" nennt eine englische Zeitung das englische Bestreben und „Daily Telegraph" spricht offen von der Notwendigkeit einer Einheitsfront Europas gegen Rußland." . . . In den Sowjetzeitungen wird demgegenüber damit gedroht, daß Rußland eine neue außenpolitische Orientierung vornehmen müsse, wenn Deutschland tatsächlich den Pakt mit England und Frankreich abschließen würde. . . . Diese Gefahr ist heute noch nicht akut. . . . Diese russischen Drohungen können uns also nicht schrecken."

der sozialdemokratischen „Essener Arbeiterzeitung" vom 26. Juni:

„Die russische Sowjetregierung übt seit Jahr und Tag — eigentlich schon seit der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages — einen ständigen Druck auf Deutschland aus, damit es keine internationalen Vereinbarungen mit den Ententemächten eingeht. . . .

Man erfährt, daß der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau gerade jetzt in Berlin eingetroffen ist. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man dieser Anwesenheit in diesem Augenblick besondere Bedeutung beimißt und die Regierung davor warnt, ihre außenpolitischen Entscheidungen von den sowjetrussischen Wünschen und Drohungen abhängig zu machen. Es darf nicht ein neues Jahr bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verstreichen."

Wenn ein Unterschied zwischen diesen beiden Notizen besteht, so höchstens der, daß **das SPD.-Blatt mit noch haßerfüllterem Ton** die Einreihung Deutschlands in die Front gegen Räte-Rußland propagiert, als das schwerindustrielle Blatt!

Man versteht nun besser, warum die SPD. verhindern will, daß Arbeiterdelegationen und **gerade** sozialdemokratische Arbeiter nach Räte-Rußland fahren sollen.

Wie der höfliche Herr Macdonald an Arbeiter schreibt!

Als die drei Mitglieder der Labour-Party Mackinder, Malone und Wedgwood ihren Bericht über die Greuel in Sofia veröffentlichten, hatte **Macdonald** bekanntlich nichts besseres zu tun, als sogleich festzustellen, daß die drei Labour-Mitglieder **in keinem offiziellen Auftrag** nach Bulgarien gekommen seien. Diese Handlungsweise erregte begreiflicherweise die **Empörung der englischen Arbeiter,** und es hagelte Protestschreiben und -resolutionen. **Wie der Arbeiterführer Macdonald,** das Ideal unserer deutschen Reformisten, auf solche Proteste zu antworten pflegt, dafür folgendes kleines Beispiel, ein **Brief an die Ortsgruppe Partick der ILP.:**

„Werter Herr! Ich habe Ihren Protest gegen mein Schreiben, in der ich der bulgarischen Presse mitgeteilt haben soll, daß der Besuch der drei Labour-Mitglieder in Sofia keinen offiziellen Charakter hatte, erhalten. Ich gehe nicht auf Ihren Irrtum ein, daß ich an die bulgarische Presse geschrieben hätte. Ich habe nichts dergleichen getan. Ein Brief dieser Art ist von mir zwar abgesandt worden, aber an einen Führer der sozialistischen Bewegung in Bulgarien. Was denkt sich aber die Ortsgruppe Partick dabei, wenn sie eine solche Resolution annimmt? Sie würde besser tun, wenn sie sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern und den Sozialismus nicht als eine Angelegenheit für ein paar Schwatzmäuler ansehen würde, die bereit sind, jede Resolution anzunehmen, ohne ihren Sinn zu verstehen und über alles zu urteilen, ohne über Logik und Fähigkeit zum Ueberlegen zu verfügen. Ich würde Ihrer Ortsgruppe wirklich raten, nicht in Dinge hineinzureden, von denen sie nichts versteht, und sich der Annahme solcher Resolutionen zu enthalten, die nicht nur ihre Ungeschicklichkeit in der Feststellung von Tatsachen, sondern auch eine ebenso große Unfähigkeit zu ihrer Deutung beweisen.

Macdonald."

Es ist wahrlich ein recht **kameradschaftlicher Ton,** in dem Macdonald mit den **„dummen Arbeitern"** verkehrt. Ob er wohl mit dem **englischen König** ähnlich sprach, als er noch als Ministerpräsident mit **ihm Tennis** zu spielen pflegte. Und meinen die sozialdemokratischen Arbeiter nicht, daß die Kommunisten Recht haben, wenn sie sagen, daß **solche „Führer" mit der Arbeiterbewegung nichts zu schaffen haben?**

Polnisches Kanonenfutter für Marokko

Danzig. In den letzten Tagen sind hier mehrere Transporte polnischer Soldaten in Stärke von 500 Mann eingetroffen. Wie wir von Angehörigen der Truppenteile erfahren, sollen sie für **Frankreich im Marokkokrieg Verwendung finden. Zum Transport dieses polnischen Kanonenfutters ist der englische Dampfer „Queen Olga" (Königin Olga) aus Glasgow, ein Schiff von 10 000 Tonnen,** im Hafen von Danzig eingetroffen. **Weitere polnische Truppentransporte sollen in den nächsten Tagen hier eintreffen.**

Kommunistische Antikriegspropaganda

3 Jahre Gefängnis für eine Jugendgenossin

Wiesbaden. Vor dem französischen Kriegsgericht stand die **18jährige Jugendgenossin Lina Müller, weil sie in den Kasernen unter den französischen Soldaten Flugblätter gegen den imperialistischen Krieg verbreitet hatte. Der militärische Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht ging über diesen Antrag noch hinaus und verurteilte die Genossin zu drei Jahren Gefängnis.**

Eröffnung der Internationalen Konferenz gegen den Abbau der Sozialpolitik

Die von der Internationale **der Kriegsopfer und ehemaligen Frontkämpfer** einberufene Tagung wurde von dem Genossen Karl Tiedt am 27. Juni in Köln eröffnet. In seiner Eröffnungsrede konnte er mitteilen, daß Vertreter der Kriegsopfer-Organisationen aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Oesterreich und Saargebiet eingetroffen sind, der tschechoslowakische Verband einen Vertreter angekündigt hat und die griechischen Kriegsopfer ein anderes Mitglied der Exekutive mit der Vertretung beauftragt haben. Die britische Legion mit dem Sitz in London machte die Beschickung der Konferenz von der Zustimmung der interalliierten Vereinigung der ehemaligen Frontkämpfer in Paris abhängig. Die Union Föderale erbittet sich die Beschlüsse der Kölner Konferenz und verspricht für ihre Verwirklichung einzutreten. Die finnländische Invaliden-Organisation, die leider nicht an der Konferenz teilnehmen kann, versichert, mit größtem Interesse die Verhandlungen in Köln zu verfolgen. Auch der jungslavische Verband ist durch besondere Verhältnisse an der Teilnahme verhindert, entsendet herzliche Kameradschaftsgrüße und hofft, an einer künftigen Konferenz teilnehmen zu können. Einen guten Erfolg der Konferenz und einen recht baldigen Zusammenschluß aller Kriegsopfer erhofft der Verband der Kriegsblinden Kärntens, da er aus finanziellen Gründen nicht in der Lage ist, die Konferenz zu beschicken. Der Verband der Kriegsblinden Oesterreichs überträgt sein Mandat dem Delegierten des Zentralverbandes Oesterreichs. Auch der Bund erblindeter Krieger Deutschlands ist aus finanziellen Gründen von der Konferenz abgehalten, ebenso der Friedensbund der Kriegsteilnehmer. Der Ungarländische Verband schreibt:

„Ihre werte Einladung zu der am 27. und 28. Juni d. J. nach Köln angekündigten internationalen Konferenz haben wir mit bestem Dank erhalten, zu welcher wir leider aus gewissen Gründen keinen Vertreter entsenden können.

Wir begrüßen die Konferenz aufs wärmste und zugleich senden wir allen Kriegsopfer-Organisationen unsere aufrichtigsten Brudergrüße für den Kampf der Gesamtheit. Wir bitten Euch alle, kämpft auch für uns, denn wir dürfen uns nicht rühren und die Kriegsopfer dürfen sich nicht organisieren.

In der Hoffnung, daß Ihr uns versteht, versichern wir allen Kameraden der Welt, daß wir mit Euch sind, heute noch in Gedanken und morgen in der Tat. Der Konferenz wünschen wir guten Erfolg und erbitten einen ausführlichen Bericht."

Dagegen hat der **Reichsbund der Kriegsbeschädigten die Beschickung zu der Konferenz abgelehnt.** Auch der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam) begründet sein Fernbleiben mit einer unaufschiebbaren Vorstandssitzung und fand keine Zeit, einen Vertreter des ADGB. zu entsenden. Weiter sind anwesend: **Vertreter der Roten Gewerkschaftsinternationale, des Internationalen Arbeitsamtes (Genf), die IAH., die Reichs- und Landtagsfraktion der KPD., Verband der Schwerkriegsbeschädigten Kölns,** der **Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigten** mit drei Delegierten, der **Zentralverband der Invaliden, Witwen und Waisen (Dortmund), Vertreter** verschiedener Betriebe von Köln und Umgebung, der **Arbeitslosenrat** und die Rote Hilfe.

Nachdem Tiedt die Versorgung der Kriegsopfer und den Abbau sozialpolitischer Maßnahmen charakterisiert hat, bezeichnet er die **Schaffung einer gemeinsamen Plattform zum gemeinsamen Kampfe für ausreichende Versorgung und Fürsorge.** In das Präsidium werden Neef (Brüssel), Garreau (Paris), Alles (Saarbrücken), Kainradel (Wien) und Tiedt (Berlin) gewählt. Als Vertreterin der Roten Gewerkschaftsinternationale begrüßt die Genossin Arendsee die Konferenz, betont den gemeinsamen Kampf der Opfer des Krieges und der Arbeit mit der Gesamt-Arbeiterklasse und die Notwendigkeit der Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit als Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen den Raub der sozialpolitischen Rechte und der Ueberwindung der kapitalistischen Diktatur. Neben weiteren Begrüßungsreden betont Richter von der Internationalen Arbeiterhilfe den Solidaritätsgedanken der werktätigen Massen und fordert zu einer gemeinsamen Hilfsaktion für die kämpfenden Chinesen auf. Bartels, der kommunistische Landtagsabgeordnete sagt, die Unterstützung der KPD., den um ihre kümmerliche Fürsorge kämpfenden Opfern des Krieges und der Arbeit zu, er sitze in dem Parlament eines Landes, das für die Unterhaltung eines Polizeihundes größere Mittel als für die Versorgung der Arbeitsinvaliden ausgibt.

Zum Referat über den Stand der Versorgung in den verschiedenen Ländern, ergreift der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes (Genf) Dr. Stein (Wien) das Wort. Gleich anfangs seiner Ausführungen erklärt er, daß er den Delegierten wohl kaum wesentlich Neues zu sagen habe. Er werde die Grundgedanken der Versorgung zunächst der Kriegsbeschädigten und anschließend der Hinterbliebenen besprechen, da auch der Kongreß sich darauf beschränken müsse, die wesentlichsten Grundsätze in Richtlinien zu verarbeiten. Die Ausführungen, denen ein ausführlicher schriftlicher Bericht mit Grundlage dient, waren insofern interessant, als sie sich wesentlich auf das formale Recht der Kriegsopfer und die Differenzierung der Gesetzessysteme stützten und da der Referent ängstlich bemüht war, alles zu vermeiden, was den ungeheuren Betrug an den Opfern des Krieges aufzeigen würde. So desorganisiert die kapitalistische Welt ist, so verschieden ist auch die Versorgung und Fürsorge für die Opfer des imperialistischen Mordens — trotz Bestehens des Internationalen Arbeitsamtes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250629-16/fragment/page=0002

Deutsche Faszisten und Polizeiagenten vor dem Obersten Revolutionstribunal in Sowjet-Rußland

Sensationelle Enthüllungen über die Organisation Consul

Seit Mittwoch wird unter dem ungeheuren Andrang der Moskauer Bevölkerung vor dem Obersten Gerichtshof der Sowjetunion der Prozeß gegen die deutschen faszistischen Studenten behandelt. Die deutsche und österreichische Botschaft haben besondere Bevollmächtigte zum Prozeß delegiert. Im Saal befindet sich eine große Anzahl ausländischer Presseberichterstatter, denen ein bevorzugter Platz zugewiesen ist. Die Angeklagten sind die Studenten **Kindermann, Dittmar und Wolfsch,** gegen die Anklage auf **Vorbereitung von Terroraften auf Stalin und Trotzki** und von **Spionage** lautet. Die von der deutschen Botschaft bestellten Anwälte Muravjew und Sommerfeld haben nach dem Studium der Akten die Verteidigung niedergelegt.

Erster Verhandlungstag

Am ersten Tage der Verhandlungen lehnt **Wolfsch** eine Verteidigung gänzlich ab. Kindermann beansprucht nur juristische Beratung. **Als Vertreter der KPD.** bei der Exekutive der Komintern ist der Genosse Heinz Neumann vorgeladen zur Charakterisierung der politisch-treibenden Kräfte der Attentäter. Der sehr stark belastete deutsche Botschaftsrat Hilger hat sein Erscheinen vor dem Gerichtshof unter Berufung auf seine Exterritorialität abgelehnt.

Während die Angeklagten Wolfsch und Dittmar ein ruhiges Benehmen zeigen, nennt Kindermann die Anklageschrift ein Wahnsinnsprodukt. Er behauptet, seine Unterschrift unter ein Protokoll im Zustand einer Hypnose gegeben zu haben.

Der Vorsitzende des Gerichts teilt mit, daß die auf Antrag Wolfsch aus Deutschland geladenen Zeugen in Kürze eintreffen müssen. Nach Erledigung dieser ersten Formalitäten erfolgt die **Verlesung der Anklageschrift.**

Zweiter Verhandlungstag

Im Mittelpunkt des zweiten Verhandlungstages standen die **Aussagen des Angeklagten Dittmar.** Er gestehl offen ein, daß er bis zu seiner Abreise nach Rußland **aktives Mitglied der faszistischen Kampforganisation Consul** gewesen ist. Seine Hauptätigkeit bestand in der berufsmäßigen Zersetzung und **Bespitzelung der revolutionären Arbeiterbewegung.** Er behauptete, daß er jetzt erst nach seiner Verhaftung die verräterische Haltung seiner Hintermänner in Deutschland erkannt habe, die sich nur von Geldhackinteressen leiten lassen. Die Aussagen Dittmars fördern interessantes Material zutage, so über die Verbindungen des deutschnationalen Abgeordneten Löringhoven mit der Organisation Consul, über die Vorbereitung und Organisierung des Pirmasenser Blutbades und die Ermordung des Separatistenführers von Speyer durch den Heidelberger Consul-Führer Eberlein.

Haupttätigkeit des Dittmar war jedoch seine Arbeit innerhalb der Arbeiterbewegung. Er gibt als **Sitz der mitteldeutschen OC. Halle** an. In Halle fanden wiederholt **Zusammenkünfte der in den Betrieben als Arbeiter untergebrachten Studenten der OC. mit den Werksdirektoren** statt. Der Angeklagte macht den Eindruck eines besonders geschickten Agitators, weil er die Marxistische Theorie beherrscht und auch die russische Revolution gesehen hat.

Aus seiner Münchener Tätigkeit gibt er zu, den **Kapitänleutnant Ehrhardt persönlich zu kennen.** Standorte der OC. in München seien die **Hotels „Royal" und „Bayrischer Hof"**, in denen häufig Bankette stattgefunden haben, an denen **Ludendorff, Hindenburg und Kronprinz Rupprecht** teilnahmen.

Uebrigens liefern die Aussagen Dittmars über seine fast schon gelungenen Versuche, sich in die Berliner Handelsmission der Sowjetunion als Angestellter einzuschleichen, **Beweise der Provokateurrolle des bekannten Bozenhardt.**

Sodann macht Dittmar Aussagen über seine erste Bekanntschaft mit **Kindermann**, den er als **den geistigen Führer der Gruppe bezeichnet.** Diese Bekanntschaft erfolgte durch Vermittlung des soeben aus Deutschland eingetroffenen **Zeugen Rose**, des Leiters des Wirtschaftsamtes der Berliner Universität, der aktives Mitglied der OC. ist.

Bei diesem Punkte betont der Staatsanwalt die Notwendigkeit, alle politischen Motive restlos aufzuklären, und zwar erstens **die Beziehungen deutscher Regierungsstellen zu den faszistischen Organisationen** bis 1924, zweitens die **Organisation und die Tätigkeit der faszistischen Verbände** selbst, insbesondere der OC.

Zu diesem Zweck wird in die Vernehmung des **Zeugen Herbert Heinrich Werz**, genannt Baumann, eingetreten, der nach seinen eigenen Angaben ebenfalls im Auftrage der OC. als Spion nach Rußland gekommen ist, aber unabhängig von der Gruppe Kindermann, Wolfsch, Dittmar, der sich noch wegen dieser seiner eigenen Tätigkeit in Haft befindet.

(Ueber die außerordentlich wichtigen Geständnisse dieses aus der Haft vorgeführten Werz alias Baumann berichten wir morgen ausführlicher.)

★

Anklageschrift

(Fortsetzung.)

Erzberger- und Rathenau-Mord

Insbesondere haben Mitglieder dieser Organisation den Mord Erzbergers und Rathenaus, wie die Gerichtsverhandlung erwiesen hatte, wie auch das Attentat gegen Scheidemann und Maximilian Harden und ähnliches mehr vorbereitet. Die Ruhrbesetzung trug andererseits zu einer Steigerung der Aktivität dieser Organisation im Ruhrgebiet bei. (Ehrhardt-Buch, S. 304, Zeile 3 bis 26. — E. J. Gumbel: „Verschwörer", S. 108, Zeile 19 bis 20.) Die Tätigkeit der Organisation vollzog sich in doppelter Richtung: Einerseits in der Richtung eines Kampfes gegen die französischen Besatzungsbehörden durch Ueberrumpelungen, Brückensprengung und Zerstörung von Eisenbahngeleisen, Brandstiftung und dergl. mehr, andererseits in der Richtung der Unterdrückung der Arbeiterbewegung, wobei Spitzel der Organisation „Consul" im gegebenen Augenblick die Arbeiter zu Unruhen und Demonstrationen provozierten, um sie dann durch einheitliches Vorgehen der Truppen der sozialdemokratischen Regierung, der Organisation „Consul" und, wenn nötig, der französischen und englischen Besatzungstruppen zu liquidieren.

Von nun an wird die Organisation „Consul" in Verbindung mit einer Reihe anderer, ähnlicher Organisationen zum faktischen, aktiven Zentrum der monarchistischen Großbourgeoisie und übt als solches einen erheblichen Einfluß auf die Politik der deutschen Regierung aus. (E. J. Gumbel: „Verschwörer", S. 108, Zeile 5 bis 18.)

Pläne gegen Sowjet-Rußland

Die **revolutionäre Herbstkrise des Jahres 1923**, die in Deutschland erneut die Frage der Errichtung einer Arbeiterregierung auf die Tagesordnung setzte, und die erneute Explosion einer nunmehr proletarischen Revolution brachten der Organisation „Consul" die Tatsache jener objektiven Rolle zum Bewußtsein, die die bloße Existenz des **Bundes Sozialistischer Sowjet-Republiken** als eine mächtige Stütze der revolutionären Bewegung und eine Hauptquelle aller Hoffnungen und Erwartungen des revolutionären Proletariats der ganzen Welt für die Entwicklung der revolutionären Bewegung Westeuropas spielt. Die Organisation „Consul", deren Hauptaufgabe die **Bekämpfung des Kommunismus** ist, zog daraus den Schluß, daß sie ihren Kampf über die Grenzen Deutschlands hinaustragen, ihn insbesondere unmittelbar gegen die Sowjetunion durch Organisierung **terroristischer Attentate** gegen die prominentesten Vertreter der Sowjetmacht richten müsse.

In diese Richtung der **gegen die Sowjetunion** gerichteten terroristischen Tätigkeit und Spionage wurde die Organisation „Consul" in erheblichem Maße durch eine Reihe von Sozialdemokraten, die die Leitung des Berliner Polizeipräsidiums oder, was dasselbe, der politischen Geheimpolizei, innehatten, gestoßen, wie die unten folgenden Tatsachen beweisen.

Severings Polizei in Funktion

Die wichtigste Abteilung des Polizeipräsidiums bildet die Abteilung Ia, deren Aufgabe in der Beobachtung des politischen Lebens, insbesondere der revolutionären Bewegung, besteht. Nach dem Novemberumsturz des Jahres 1918 übernahm die zur Macht gelangte Sozialdemokratie, die den Apparat des Polizeipräsidiums durch Zuteilung von Sozialdemokraten verstärkte, das Polizeipräsidium mit seinem ganzen alten Personalbestand. An der Spitze des Polizeipräsidiums stand anfangs **der Sozialdemokrat Eugen Ernst**, an dessen Stelle im Frühjahr 1920 der damalige Präsident des Charlottenburger Polizeipräsidiums, der **Sozialdemokrat Wilhelm Richter, trat.** (E. J. Gumbel: „Vier Jahre politischer Mord." S. 66, Zeile 6 bis 32.) Die Rolle des Polizeipräsidiums im Kampfe gegen das Proletariat Deutschlands charakterisieren zur Genüge jene blutigen Aktionen, die sich in den verflossenen Jahren des Bürgerkrieges in den Straßen Berlins abgespielt haben. (Zeitschrift „Der Rote Stern", Artikel „Der Mord an Karl Liebknecht", S. 2, Spalte 2, Zeile 10 bis 25 und S. 3, Spalte 1, Zeile 4 bis 7.)

Ermordung von Karl und Rosa

Das klassische Beispiel einer solchen Blutiat und provokatorischen Tätigkeit des Polizeipräsidiums und der an dessen Spitze stehenden Sozialdemokratie bildet **die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.** („Freiheit", Nr. 33, vom 18. Januar 1919, Notiz auf S. 2, Spalte 2: „Wer trägt die Schuld an der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs?" „Freiheit", Nr. 32, vom 18. Januar 1919, Artikel: „Der Mord und die Mörder", S. 2, Spalte 1, Zeile 49 bis 62.) Zurzeit liegt es offen vor aller Augen, daß **die Verhaftung** Liebknechts und Rosa Luxemburgs auf ausdrücklichen Befehl der Sozialdemokratie hin geschehen ist und durch die Militärclique vollzogen wurde, wobei der Mord selbst vom Polizeipräsidium inspiriert worden war. In vollem Maße jedoch wird die Zusammenarbeit der faszistischen Organisation „Consul" und des sozialdemokratischen Polizeipräsidiums im Kampfe gegen die Sowjetunion erst durch jene Tatsachen aufgeklärt, die in der Voruntersuchung dieses Verfahrens festgestellt wurden.

Die Terrorgruppe Kindermann

Am 13. Oktober 1924 trafen in Moskau aus Deutschland die deutschen Reichsangehörigen Karl Hermann Kindermann und Theodor Wolfsch, Studenten der Friedrich-Wilhelms-Universität, Berlin, ein. Zwei Tage später schloß sich ihnen der Bürger der estnischen Republik Maxim Napoleon Ditmarin alias von Ditmar, Student derselben Universität, an. Sie waren aus Deutschland nach Moskau über Riga und Reval gekommen. Alle drei gaben sich als Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands aus, die nach Rußland zum Zwecke einer wissenschaftlichen-Studienreise gekommen seien und hatten sich als solche an das Volkskommissariat für Bildung und an die Komintern gewandt, um durch diese Stellen Verbindungen und Unterstützungen zu erhalten. So gelang es ihnen, von einer Reihe verantwortlicher Mitarbeiter der beiden erwähnten Institutionen **empfangen** zu werden, bei deren Besuch sie ein **außerordentliches Interesse** für den inneren Aufbau nicht nur dieser Institutionen bekundeten, sondern auch in bezug auf die Bedeutung jener Personen, die in diesen Institutionen eine führende Rolle spielen und deren Aufenthaltsort, sowie endlich auch in bezug auf Sprechstunden und Empfangstage einer Reihe verantwortlicher Mitarbeiter. Weiteren Verdacht erregte ihr Benehmen bei einigen deutschen Studenten, die mit ihnen in demselben Unterkunftsheim wohnten, so beim Genossen Friedmann und anderen. Weiteren Verdacht erweckte ihr Verhalten gegenüber Mitgliedern der deutschen und estnischen Sektion der Komintern und politischen Emigranten, **deren Adressen, eigenhändige Unterschriften usw.** sie zu erhalten suchten.

Das Geständnis

Auf Grund der bei der Vereinigten Staatlichen Politischen Verwaltung (OGPU.) eingelaufenen Nachrichten wurden die erwähnten Kindermann, Wolfsch und Ditmar am 26. Oktober 1924, als der Spionage und Vorbereitung zur Durchführung terroristischer Attentate auf dem Territorium der Sowjetunion verdächtig, verhaftet, was zwei der Verhafteten, Kindermann und Ditmar, nach langem Leugnen schließlich **eingestanden**, Wolfsch dagegen ist trotz hartnäckigen Leugnens durch die Aussagen seiner Mitangeklagten endgültig überführt worden. Die Voruntersuchung und das Verhör der Angeklagten selbst lassen folgendes als unbedingt festgestellt gelten:

Der Hauptangeklagte Spitzel der Ia

Karl Hermann Kindermann stand bereits als junger Gymnasiast mit den Angestellten des Nachrichtenbureaus in Donaueschingen in Verbindung. Nach Absolvierung des Gymnasiums studierte er an verschiedenen Universitäten Deutschlands, insbesondere seit 1922 an der Berliner Universität. In dieser Zeit trat er mit der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums in Verbindung, wo er **als bezahlter Angestellter** arbeitete, wobei er verschiedene Aufträge, die sich auf eine Tätigkeit in den Arbeiterviertel bezogen, erledigte und sich als Praktikant in einem der Detektivbureaus betätigte. **Als Praktikant des Polizeipräsidiums** hatte er Zutritt zum Geheimmuseum der Abteilung Ia.

Sein Vater war vor dem Kriege Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und zu Ende des Krieges Mitglied von Soldatenräten, wobei er der Aneignung von 80 000 Mark verdächtigt wurde. Um sich das Mandat eines Stadtrates zu sichern, schloß er sich der **Kommunistischen Partei an, wurde jedoch als Hochstapler entlarvt und aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.**

Faszistische Attentate und die Severing-Polizei

Karl Kindermann, der infolge der Unannehmlichkeiten und Skandale, denen sein Vater während seiner Wirksamkeit innerhalb der revolutionären Bewegung ausgesetzt war, der letzteren gegenüber feindlich gesinnt war, suchte, wie er sich ausdrückt, „den schwarzen Fleck von seinem Familiennamen wegzuwischen" durch Beteiligung an der faszistischen Bewegung, indem er es verstand, sich den Nationalisten anzubiedern und mit ihnen in feste Verbindung zu treten. Diese Verbindungen gerade benutzte das Polizeipräsidium, um Kindermann in ein terroristisches Abenteuer hineinzuziehen. Nachdem er sich in die faszistische Organisation Ehrhardts als Agent der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums Eintritt verschafft hatte, **informierte** Karl Kindermann die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums über das in der faszistischen Organisation entstandene Bestreben **zur Durchführung terroristischer Attentate gegen die Führer der Sowjetunion**, wobei er sich gleichzeitig bereit erklärte, an der Durchführung derartiger Pläne teilzunehmen.

Der zweite faszistische Terrorist

2. **Theodor Emil Wolfsch**, Sohn des reaktionären Professors Emil Wolfsch aus Boppard a. Rh. wurde bereits als Gymnasiast im Alter von 18 Jahren zum sogenannten „Hilfsdienst" mobilisiert. Nachdem er mit 20 Jahren das Gymnasium absolviert hatte, arbeitete er auf dem Rittergut des Barons von Fallenstein-Friedberg-Neumark als Praktikant, wobei er von letzterem, einem ausgesprochenen Reaktionär, bis zu seiner Abreise nach Rußland eine Geldunterstützung erhielt. Nachdem er bereits seit der Zeit seines Studiums an der Universität der Organisation „Consul" beigetreten war, entwickelte er eine lebhafte Tätigkeit innerhalb der rechten studentischen Verbindungen, wie der Neomachia und der Saxo-Borussia, denen beiden er als stellvertretender Vorsitzender angehörte. In die terroristische Gruppe der Organisation „Consul" trat er zusammen mit Kindermann im Herbst 1923 ein. Doch hatte er sich schon zuvor als ein entschlossener und tapferer Terrorist, der mehrfach gefährliche Aufträge der Organisation „Consul" erledigte, hervorgetan.

Gleichfalls im Dienste der Ia

Im Auftrage dieser Organisation hatte er mehrfach illegal das Ruhrgebiet während der Zeit der Besetzung durch die Franzosen besucht und daselbst einen aktiven Kampf gegen die Separatisten geführt, wobei er dank der **Verbindung mit der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums einen gefälschten Ausweis** erhielt, auf Grund dessen er als Tischlergeselle in das von den Franzosen besetzte Gebiet gelangen konnte. Das Polizeipräsidium kannte Wolfsch und wußte, als es ihm seinen Ausweis aushändigte, davon, daß er kein Tischlergeselle war. Wolfsch beteiligte sich an der Niederschlagung von Arbeiterunruhen, wobei er sich, laut **Aussage Baumanns**, rühmte, viele Kommunisten ermordet, „abgeblasen", zu haben.

Der dritte im Bunde

3. **Maz Napoleon Ditmarin**, alias von Ditmar, letzteres sein eigentlicher Familienname, Sohn eines nach dem Kriege verarmten Großgrundbesitzers, trat bereits mit 17 Jahren einem Studentenkommando bei, das zu dem Zwecke der Niederschlagung der Unruhen in der Zeit der revolutionären Bewegung in Estland gebildet worden war. Nach Beendigung der Mittelschule im Herbst 1922 fuhr er zur Weiterbildung nach Deutschland, woselbst er der faszistischen Organisation „Consul" beigetreten war, in deren Auftrag er als Arbeiter verschiedene Fabriken aufsuchte und die faszistische Jugendorganisation „Jungdeutscher Orden" leitete, zu welchem Zwecke er mit Arbeiterorganisationen durch Vermittlung der Kommunisten Krizer und Schindler in Verbindung trat, um die Faszisten über die Kommunistische Partei zu informieren.

Zur Universität kommandiert

1923 wurde er im Auftrage der Organisation „Consul" zur Berliner Universität kommandiert, von wo er durch die faszistische Studentenorganisation „Studentenwerk" als Taglöhner nach dem Hafen von Bremerhaven, zusammen mit dem bekannten Faszisten Herbert Johnson, dirigiert wurde. Nach seiner Rückkehr aus Bremerhaven schickte man ihn nach München, wo er, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung seiner Verbindungen mit faszistischen und russischen weißgardistischen Kreisen, an einer Arbeiterdemonstration teilnahm.

Als Lockspitzel in München und Wien

Wegen Teilnahme an dieser Arbeiterdemonstration wurde er von der Münchener Polizei zum Scheine aus München ausgewiesen, worauf er sich nach Wien begab, wo er auf Vorschlag des Faszisten Jungbauer, der ihm mit Geld versah, der Bevollmächtigten Vertretung der Sowjetunion seine Dienste zur Information faszistische und russische weißgardistische Kreise mit dem Hintergedanken anbot, die Wiener Bevollmächtigte Vertretung der Sowjetunion zu provozieren.

Diplomatischer Kurier der deutschen Regierung

Während der Jahre 1922 und 1924 war Ditmar wiederholt diplomatischer Kurier der estnischen, litauischen und deutschen Regierungen. Zweimal machte er erfolglos den Versuch, bei der Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion zum Zwecke einer im Auftrage der Faszisten zu führenden Spionage eine Anstellung zu bekommen. Nachdem Ditmar aus Wien nach München zurückgekehrt war, wurde er durch die Organisation „Consul" zur Teilnahme an der terroristischen Gruppe Karl Kindermanns, mit dem er durch die Berliner Vertretung der Organisation „Consul" in Verbindung getreten war, kommandiert. Gleichzeitig erneuerte er auf Grund der Empfehlungen der schon erwähnten Genossen Krizer und Schindler seine Verbindungen mit den Kommunisten. Hierbei gelang es ihm, ein neues Parteimitgliedsbuch für das im Jahre 1923 verloren gegangene zu erstehen.

Der Fachmann nicht stubenrein

Er wurde der Gruppe Kindermann nicht nur als erprobter Faszist, sondern auch als ein Mann, der die russische Sprache und die russischen Verhältnisse gut kennt, zugeteilt. Die baltische Herkunft Ditmars rief jedoch bei Kindermann und Wolfsch Mißtrauen hervor, wobei die letzteren, um sich über seine wahre faszistische Ueberzeugung Gewißheit zu verschaffen, Ditmars Ergebenheit und Loyalität durch dessen Beobachtung und Vornahme geheimer Haussuchung kontrollierten.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Erklärung der Zentrale der KPD.

Die Angeklagten behaupten, Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands zu sein. Die Zentrale der KPD. hat hierzu folgendes zu erklären:

1. **Dr. Karl Kindermann kam im Sommer 1924** (Juli-August) anläßlich eines vierzehntägigen Aufenthalts bei seinen Eltern in Durlach (Baden) mit seinem Vater Hermann zu einem leitenden Funktionär unserer dortigen Ortsgruppe. Er ersuchte um Aufnahme in die Partei. Als Grund wurde angegeben, Dr. Karl Kindermann wolle politische Karriere machen und zu diesem Zwecke eine Studienreise nach Rußland unternehmen. Der Eintritt in die KPD. wurde auch im August 1924 vollzogen. Alles, was Karl Kindermann über seine Parteizugehörigkeit vordem angibt, ist Schwindel. Die Zentrale der KPD. erklärt ausdrücklich, daß Karl Kindermann sowohl in Durlach als auch in Berlin der Partei nicht bekannt war und sich auch in keiner Weise zugunsten der Partei bemerkbar machte. Ferner, daß alle Entlastungsversuche des Hermann Kindermann zugunsten seines Sohnes nach seiner Verhaftung nur mit Hilfe des damaligen Ortsgruppenleiters Valentin Michler, der im Angestelltenverhältnis zu Hermann Kindermann stand und heute noch steht, unternommen wurden. Die übrigen Funktionäre der Ortsgruppe wurden in eigenmächtiger Weise übergangen. Sämtliche Entlastungsschreiben des betr. Ortsgruppenleiters in Durlach wurden zusammen mit Hermann Kindermann abgefaßt und an verschiedene Stellen ohne Mitwissen der übrigen Funktionäre versandt. Die Bezirksleitung Baden hat bereits auf Grund dieser feststehenden Tatsache den Ausschluß von Michler aus der Partei vollzogen.

2. **Maxim Ditmar** hat sich im August 1924 in die KPD. eingeschlichen, um eine „Studienreise" nach Rußland zu erlangen. Offiziell war er seit August 1924 Mitglied der Berliner Organisation der KPD. (1. Verwaltungsbezirk), ist jedoch nie im kommunistischen Sinne tätig gewesen. Vielmehr haben unsere Untersuchungen im Reiche das Gegenteil ergeben, und zwar: 1. Ditmar war als Angestellter des Messingwerkes in Billingen tätig und spielte eine führende Rolle in der dortigen Gruppe des Jungdeutschen Ordens; 2. Ditmar hat eng zusammengearbeitet mit dem Bureauchef des erwähnten Werkes, Schwiegersohn des Admirals Scheer für Organisation „Consul".

3. **Wolfsch** ist der Partei gänzlich unbekannt und nie Mitglied der KPD. gewesen.

Berlin, den 25. Juni 1925.

Zentrale der KPD.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250629-16/fragment/page=0003

Voranzeige

Unser

Saison-Ausverkauf

beginnt Mittwoch, den 1. Juli, früh 8 Uhr

Große Vorbereitungen wurden getroffen | Warten Sie mit Ihren Einkäufen | Wir bieten Außergewöhnliches

Halle an der Saale **NUSSBAUM** Gr. Ulrichstr. 60/61

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg Büroen u. Kasse: Merschenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 8 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

BL.-Sitzung fällt Montag aus.

Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld

Bitterfeld. Funktionärsitzung Montag, 29. Juni, 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus".

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Vorhandsitzung unter Hinzuziehung aller Kassierleiter Mittwoch, 1. Juli, abends 8 Uhr, in der „Schuhmacherherberge".

Zeitz. Mitgliederversamml. Freitag, 3. Juli, 8 Uhr, in der „Schuhmacherherberge".

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Ohne Anzahlung auf Kredit 1482

erhalten alle unsere alten Kunden, die ihr Konto beglichen haben, die unter verzeichneten Waren. Wir bieten damit unserer werten Kundschaft Gelegenheit, ohne große Ausgaben Anschaffungen zu machen. Die einzelnen Raten werden ganz nach Wunsch eingerichtet

Diese Vergünstigung hat nur bis 15. Juni Geltung
Die gekaufte Ware wird sofort ausgehändigt

Ohne Anzahlung auf Kredit Damen-Mäntel
Ohne Anzahlung auf Kredit Kostüme, Damenjacken
Ohne Anzahlung auf Kredit Kleider und Röcke
Ohne Anzahlung auf Kredit Herren-Anzüge
Ohne Anzahlung auf Kredit Burschen- u. Knaben-Anzüge
Ohne Anzahlung auf Kredit Herren-Mäntel
Ohne Anzahlung auf Kredit Gummimäntel f. Dam. u. Herr.
Ohne Anzahlung auf Kredit Sport-Anzüge, Windjacken
Ohne Anzahlung auf Kredit Leib- u. Bettwäsche, fertige Bezüge, Schlafdecken, Bettzeuge, Inletts

Carl Klingler

Halle a. d. S. Leipziger Straße 11 1. Etage
Nur 1. Etage Eingang Sandberg Kein Laden
Vertreter: Hugo Dies, Merseburg
Annenstraße 14, parterre

*208

Eine vollendet gelungene Symphonie

von Geschmack und Aroma finden Sie im Genuß unserer soeben zur Einführung gelangenden leichten, aber feinen

Adagio-Zigarette

5 Pfg. d. Stck. **Prima** 10 Pfg. d. Stck.

Daneben empfehlen wir Rauchern, welche eine würzig-aromatische Zigarette bevorzugen, unsere **Salem Aleikum** bekannte und **Salem Gold** Zigarette 4·15 Pfg. das Stück.

Oriental. Tabak- u. Cigarettenfabrik Yenidze · Inh. Hugo Zietz, Dresden

ZOO

Mittwoch, den 1. Juli, nachm. 1/4 4 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung John Hagenbecks
Singhalesen-Schau
37 Personen *2016
3 Elefanten, 4 Zebus, Schlangenbeschwörer, Teufels- und Tempeltänzer, Zauberer
Handwerker: Mattenweber, Messingarbeiter, Töpfer, Maler, Ebenholz- und Elfenbeinschnitzer usw. usw.

Alle Schuhwaren

preiswert und gut kaufen Sie im
Schuhwarenhaus C. Bachmann, Halle
Mittelwache Nr. 6 297

Druck sachen

aller Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Abteilung Buch- und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., Halle, Merschenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2264. — Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter.

Volkspark

Morgen, Dienstag, abends 8/4 8 Uhr: 2009
8. Sommerkonzert
Leitung: Musikdir. Schütze, Leipzig
Gütig Mitwirkende:
Frauen- und Mädchenchor
Gr. Prachtfeuerwerk

Thalia-Theater

Dienstag 8 Uhr
Frau ohne Kuß
In den Hauptrollen:
Annie Kunze, Hans-Joachim Kaugwitz, Emil Schroers, Paul Hertz, Hellmuth Erdmann
Mittwoch 8 Uhr
Frau ohne Kuß
Donnerstag 8 Uhr
Meine Frau, die Hofschauspielerin

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden des RFB. und Jungsturms beteiligen sich geschlossen am Mittwoch, dem 1. Juli, an der Ehrenkundgebung. Antreten wie folgt:

Bezirk 1 (Osten): abends 7¼ Uhr Roßplatz;
Bezirk 2 (Süden): abends 7 Uhr Johannesplatz;
Bezirk 3 (Westen): abends 7 Uhr Weingärten;
Bezirk 4 (Norden): abends 7¼ Uhr Wettiner Platz;
Bezirk 5 (Zentrum): abends 7¼ Uhr Paradeplatz;
Spielmannszug: abends 7¼ Uhr Paradeplatz.

Am Sonntag, dem 5. Juli, beteiligt sich die gesamte Ortsgruppe an dem Aufmarsch in Schkeuditz. Sonntagsfahrkarte, 90 Pf., muß jeder Teilnehmer schon am Sonnabend lösen. Treffpunkt und Abfahrtszeit wird noch bekanntgegeben.

Abteilung 1. Montag, 29. Juni, 8 Uhr, „Goldene Kette", Abteilungsversammlung.

Sprechchor. Montag, 29. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark", Probe.

Bezirk 3 (Westen). Dienstag, 30. Juni, abends 8 Uhr, bei Meinrich, Böllberger Weg, Werbebezirkspflichtversammlung.

Abteilung 16. Dienstag, 30. Juni, 8 Uhr, im „Lüderitzberg", Abteilungsversamml.

Weißenfels Am Saalestrand
Morgen
Schlachtefest
Emil Illig. 1138

Konsum- und Produktiv-Verein zu Zeitz
e. G. m. b. H.

Am 30. Juni 1925 endet unser Geschäftsjahr. Wir bitten deshalb unsere werten Mitglieder, ihre kleinen Wertmarken an den ersten Tagen der Woche gegen größere Klebemarken umzutauschen. Die Abgabe der Markenkarten und Mitgliedsbücher findet für die Mitglieder in Zeitz und Rasberg
am 1. Juli für die Nr. 1 —5000
„ 2. Juli für die Nr. 5001—8000
„ 3. Juli für die Nr. 8001— Schluß
von **vormittags 8 bis nachm. 5 Uhr**, im Verwaltungsgebäude, Zeitz, Auestraße 16, statt
Für die Mitglieder in Crossen, Theißen, Droßchwitz, Prosen u. Droßig an denselben Tagen in den dortigen Verkaufsstellen.
1000 Der Vorstand

Inseratenannahme
für die Mansfelder Lande für
„Klassenkampf"
Eisleben, Rathausstr. 7
Alle Neubestellungen und Beschwerden über unregelmäßige Zustellung sind dorthin zu richten

Zeitungsträgerin
für Stedten gesucht. Schriftliche Meldungen „Klassenkampf", Halle

Genossen! Leser! Kauft nur bei den Ausverkaufs Inserenten des Klassenkampf!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250629-16/fragment/page=0004

Beendigung der ersten Lesung der Aufwertungsgesetze im Aufwertungsausschuß

Die Kommunisten allein treten für die Inflationsopfer ein

Der größte Teil der Sitzung des Aufwertungsausschusses am Sonnabend wurde ausgefüllt durch die Besprechung des von **Dr. Best** gegen eine Anzahl von Abgeordneten der Regierungsparteien erhobenen Vorwurfes der persönlichen Korruption. Nachdem die Herren **v. Richthofen, Rademacher, Oberfohren** und **Dr. Schetter** gegenüber den gegen sie erhobenen schweren Anschuldigungen ihre fadenscheinigen Ausreden vorgebracht hatten, machten sie und ihre Parteigenossen sich mit dem gleichen unbekümmerten Zynismus, wie bisher, an ihre Arbeit, an die **weitere Abwürgung** der von ihnen vor der Wahl den Inflationsopfern gegebenen Versprechungen.

Der Ausschuß leistete heute hierbei **Schnellarbeit.** Die erste Lesung der beiden Regierungsvorlagen und der über hundert dazu eingebrachten Abänderungsanträge wurde ohne viel Diskussion mit der üblichen **Abstimmungsguillotine** zum Abschluß gebracht. Die

Kommunisten

stellten zu Paragraph 50 des Anleiheablösungsgesetzes den Antrag, daß den ärmsten und kleinsten Anleihealtbesitzern, — **denen die allbedürftige Altbesitzer weniger als insgesamt 1000 Mark Anleihe gezeichnet und bis zum heutigen Tage in Händen behalten haben** — statt der von den Regierungsparteien beabsichtigten 15prozentigen **eine 100prozentige sofortige Barabfindung gewährt werden soll.**

Für diesen Antrag erhob sich außer den Kommunisten keine Hand;

auch die **Sozialdemokraten** regten **keinen Finger,** um für diese ärmsten der Armen einzutreten.

Desgleichen wurde von der reaktionären Mehrheit einstimmig ein weiterer kommunistischer Antrag abgelehnt, der verlangte, daß der Ausschuß nunmehr, nach Abschluß der ersten Lesung der beiden Gesetzentwürfe, in eine ausführliche Aussprache eintreten sollte über **die dritte, ihm vom Plenum des Reichstags überwiesene Drucksache, die Denkschrift der Regierung über den Ausbau der Besteuerung von Inflationsgewinnen.** Natürlich wollten die bürgerlichen Parteien im Aufwertungsausschuß nicht über die von den Kommunisten beantragte **konfiskatorische Besteuerung der Inflationsgewinne der Kriegs- und Nachkriegszeit** sprechen.. Der wirkliche Zweck ihrer Arbeit im Aufwertungsausschuß besteht ja gerade umgekehrt darin, für die großen Haifische des Großkapitals und damit zugleich auch für sich selbst, für die Bergwerksgesellschaft des deutschnationalen Herrn Rademacher, für die Ehefrau des Herrn Oberfohren usw., **den Inflationsraub in Sicherheit zu bringen!**

Allein die Kommunisten führen einen konsequenten und rücksichtslosen, kompromißlosen Kampf **gegen die schwerreichen Inflationsgewinnler und die Wiederherstellung der Rechte derer, die durch die Inflation um ihr alles gebracht worden sind!**

Aus den Reichstagsausschüssen

Eine Niederlage der Luther-Parteien

In der vergangenen Woche wurden in den Reichstagsausschüssen wichtige Verhandlungen gepflogen, die wir nachträglich registrieren.

Der **Steuerausschuß** des Reichstages setzte am Mittwoch die Generaldebatte über die Bier- und Tabaksteuererhöhung fort. Für die Kommunisten sprach Genosse **Höllein.** Er betonte eingangs die grundsätzliche Gegnerschaft **gegen alle Massenbelastungssteuern.** Dabei stellte er fest, daß in England das Verhältnis der Massensteuern zu den Besitzsteuern 1 : 2 ist, in Deutschland dagegen umgekehrt 2 : 1, obwohl von den deutschen Besitzsteuern noch 44 Prozent von den Lohn- und Gehaltsempfängern in Form der Lohnsteuer aufgebracht werden müssen, während in England das Arbeitseinkommen steuerlich sehr stark geschont wird.

In der Abstimmung wurde **der kommunistische Antrag** auf Aufhebung der Bier- und Tabaksteuer gegen die Stimmen der Kommunisten **abgelehnt.** Hierauf wurde über den Antrag des Demokraten Dr. Fischer abgestimmt, der die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer ablehnt. Dieser Antrag wurde mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Die Regierung **Luther hat damit eine schwere Niederlage erlitten,** doch wird der Kuhhandel hinter den Kulissen mit vereinten Kräften einsetzen.

Die Rentenbank-Kreditanstalt die Domäne der Großagrarier

Im **Volkswirtschaftlichen Ausschuß** spielte sich in der vergangenen Woche zwischen den Vertretern der verschiedenen großagrarischen Organisationen ein scharfes Ringen um die **Rentenbank-Kreditanstalt** ab.

Ein Antrag der Kommunisten, wonach mindestens die Hälfte der Mittel der Rentenbank-Kreditanstalt für die Versorgung der kleinen und mittleren Landwirte unter 20 ha, die bekanntlich rund die Hälfte des landwirtschaftlich bebauten Bodens bewirtschaften, mit den notwendigen langfristigen Real- und Personalkrediten zu verwenden sei, wurde mit allen Stimmen gegen die der Antragsteller abgelehnt.

Ebenso **verfiel unser Antrag,** der von den Kreditinstituten **die jährliche Vorlage einer genauen Statistik der letzten Kreditnehmer forderte,** der allgemeinen Ablehnung. Die Haltung der SPD., unter Führung Wissells und Frau Senders, verdient besondere Beachtung. Sie forderten Ersetzung des Wörtchens „mindestens" durch „möglichst" und als dies geschehen, stimmten sie **trotzdem gegen den ganzen Antrag.**

Ein demokratischer Antrag, der eine „angemessene" Berücksichtigung der verschiedenen Klassen verlangt, wurde angenommen, **weil er zu nichts verpflichtet.** Die Kleinbauern werden also wie immer das Nachsehen haben.

Fortgang des Zollkampfes im Reichstagsausschuß

In der Sitzung des Zolltarifausschusses des Reichstags, am Sonnabendvormittag, brachte zunächst **Genosse Hoernle** einen Antrag der kommunistischen Fraktion ein. Der Antrag legt ganz genau die einzelnen Fragen fest, die der Sachverständigenkommission zur Prüfung der Zollfrage vorgelegt werden sollen.

Im Anschluß daran gab der **Reichswirtschaftsminister Neuhaus,** zum größten Teil vertraulich, die von der kommunistischen Fraktion gewünschten Aufklärungen über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen.

Genosse **Rosenberg** stellte im Anschluß daran fest, daß die Auskünfte des Ministers absolut unzulänglich waren. Es hielt dann **Hilferding** eine ausführliche Rede über die Zollvorlage, wobei er wieder die Möglichkeit durchblicken ließ, daß **die SPD.** mäßige Industriezölle annehmen würde.

Aufwertungskorruption!

Die Aufwertung scheitert an den Privatinteressen der nationalen Aufwertungsfeinde

Enthüllungen im Aufwertungsausschuß

Der Aufwertungsausschuß des Reichstags hat sich am Sonnabend mit den persönlichen finanziellen Interessen von Ausschußmitgliedern an der betrügerischen „Regelung" der Aufwertungsfrage beschäftigen müssen. Damit ist der Vorhang von einer unglaublichen, scheußlichen Korruption weggerissen. Die sozialdemokratische Barmat-Korruption bekommt in immer größerem Umfang ihre Ergänzung in der

deutschnationalen Aufwertungskorruption.

An beiden Korruptionen gleichmäßig beteiligt ist die **schwarzrotgoldene Zentrumspartei.** Den Anlaß zu den neuesten Enthüllungen gaben die von dem Sozialdemokraten **Keil** am Vortag in der Reichstagssitzung gegen die deutschnationalen Ausschußmitglieder erhobenen Anschuldigungen. (Durch welche Motive wiederum die Keilsche Anschuldigung veranlaßt war, werden wir sehen.)

Der deutschnationale Abgeordnete **Hergt** und seine Koalitionsgesellen, die Herren **Wunderlich** (Deutsche Volkspartei), Schetter (Zentrum) und **Jörissen** (Wirtschaftspartei) erklärten die Keilsche Aeußerung als eine Beleidigung und verlangten ihre Zurücknahme. Darauf tritt der bekannte **Dr. Best** auf den Plan. Dieser erklärt, nur die gegen ihn wegen Beibehaltung seines Mandats erhobenen Beschuldigungen haben ihn zu einer öffentlichen Aeußerung über

die geheimen Motive der deutschnationalen Aufwertungspolitik

gezwungen. Vor allem der deutschnationale Antrag betreffend die **Aufwertung von Kaufgeldern,** aber auch noch eine Reihe anderer Anträge der Regierungsparteien seien veranlaßt durch **Privatinteressen der betreffenden Abgeordneten.** Auf den Zuruf: „Namen nennen!" macht Dr. Best nunmehr folgende genauere Angaben über die Korruption im Lager der Regierungsparteien.

Die Anschuldigungen des Dr. Best

Dr. Best erklärte:

1. Von der **Schwester des Freiherrn v. Richthofen-Breslau,** des bekannten deutschnationalen Landbundführers und Zelljunkers, habe er die Mitteilung erhalten, daß von Richthofen ein Gut von 4000 bis 5000 Morgen im Werte von **1½ Millionen Goldmark** (eineinhalb Millionen) für drei Millionen Papiermark gleich **153 000 Goldmark** gekauft habe. Die Verkäuferin, **seine eigene Mutter,** habe auf dem Gute eine Hypothek in Höhe von einer Million Papiermark (½ des Kaufpreises) stehen lassen. **Dafür** habe er ihr später **75 Zentner Roggen als Abfindung geboten und er unterstütze die Mutter** auch heute nur **völlig ungenügend.** v. Richthofen habe ihm (Best) selbst einen Brief geschrieben, worin er aber auf diese **tatsächlichen** Feststellungen gar keine Antwort gegeben, sondern nur — seinen Schwager gemeiner Handlungen an einem Mädchen beschuldigt habe.

2. Aehnliche Mitteilungen habe er (Best) auch über andere Herren erhalten. Z. B. sei der deutschnationale Abgeordnete **Rademacher als Teilhaber an einer Bergwerksgesellschaft selbst in hohem Grade gegen die Aufwertung finanziell interessiert.** (Dr. Rademacher ist führendes Mitglied der deutschnationalen Fraktion im Aufwertungsausschuß!)

3. Laut Mitteilung des deutschnationalen Abgeordneten **Steiniger sei die Frau des deutschnationalen Abgeordneten Oberfohren** im Wert von einer halben Million Goldmark durch die Hypothekenaufwertung berührt.

4. Entsprechende Mitteilungen habe er (und ebenso auch der Zentrumsabgeordnete Roß) über den Zentrumsabgeordneten **Dr. Schetter** erhalten.

Der Sohn seiner Mutter

Auf diese schweren Anklagen meldeten sich alsbald die Beschuldigten zum Wort. Sie waren merkwürdigerweise alle zur Stelle, obwohl ihre Namen am Vortag in der Reichstagssitzung nicht genannt worden waren. Ihre weißschweifigen Erklärungen gaben ein noch **weit schlimmeres Bild als die Worte ihres Anklägers selbst.**

Da ist der **Freiherr v. Richthofen** aus altem adligen Geschlecht — ein guter Sohn seiner Mutter. Nur um das Gut „in der Familie zu erhalten" hat er in der schlimmsten Inflationszeit seine Mutter darum gebracht indem er — nach seiner eigenen Darstellung — das **Gut,** das unter Brüdern **680 000 Goldmark wert ist, für Papierscheine im Werte von 230 000 Goldmark an sich brachte.**

Er gibt zu, ihr 70—80 Zentner Roggen zur Verfügung gestellt zu haben. Die Freifrau habe aber diese 70—80 Zentner sofort zu dem von ihr für hoch gehaltenen Spekulationspreis verramscht, und er habe ihr **„als guter Sohn"** erklären müssen, er könne ihr künftig das **Mehl nur noch pfundweise zumessen.**

Der Hauptschuldige aber, der dies alles an die große Glocke gehängt habe, sei sein **Schwager,** der Mann seiner Schwester: ein hoher Offizier, der aus seinem Regiment in Schlesien wegen unehrenhafter Handlungen ausgestoßen sei und später eine **hochgeachtete schlesische Gutsbesitzerfamilie geschändet habe.** — v. Richthofen deutete dann etwas zart noch an über eine Gutsbesitzerin, bei der sein Schwager sich eingenistet habe. Dann schwieg er, weil ihm, wie er sagte, **„der Kummer über die Familienschande die Worte in der Kehle erstickte".**

Der Mann seiner Frau

Der deutschnationale Abgeordnete **Oberfohren** erklärte zunächst, daß er mit der Vermögensverwaltung seiner Frau nichts zu tun hätte. Damals, als er sich nach Best als Vorkämpfer gegen die Aufwertung betätigt hat, habe er sie überhaupt noch nicht geehelicht gehabt. (D. h. der geschäftskundige Mann hat das Geschäft mit der reichen Witwe **erst perfekt gemacht,** nachdem er sich versichert hatte, daß die Witwe durch die Aufwertungspolitik der Deutschnationalen Partei **nicht um eine halbe Million ärmer** gemacht wird!)

Im übrigen seien die von Dr. Best angegebenen Zahlen nicht richtig (d. h. **die Sache selbst hat ihre Richtigkeit,** und die Zahlen des Dr. Best sind vermutlich noch zu niedrig gegriffen).

Zum Zweiten bezichtigt er den **Dr. Best** und dessen Hauptzeugen, den (noch heute der deutschnationalen Fraktion angehörenden, aber vom Vorsitz im Aufwertungsausschuß vorsichtshalber entfernten) Abgeordneten **Steiniger,** daß sie **nur aus Rachsucht** gegen ihn vorgingen. Er habe nämlich zu der entscheidenden Besprechung der deutschnationalen Fraktion mit dem Reichskanzler Luther über die Aufwertung nicht den Dr. Best und Steiniger mitgenommen, sondern **nur sich selbst und Dr. Rademacher.** Darauf seien Dr. Best und Steiniger in einen „Paroxysmus der Wut" verfallen. — Dr. Best und Steiniger haben natürlich gute Gründe für ihre Wut gehabt: **ausgerechnet Oberfohren und Rademacher, ausgerechnet die beiden in der Aufwertungsfrage meist korrumpierten aus der ganzen deutschnationalen Fraktion, ausgerechnet die Vertreter reiner Schuldnerinteressen — der Mann seiner Frau und der Direktor seines Bergwerks — gehen zum Reichskanzler im Namen der Deutschnationalen Partei, die mit Dr. Best und seinen Aufwertungsvorschlägen ihren Wahlkampf geführt haben.**

Zum Dritten erhebt Oberfohren genau wie der schlesische Freiherr die schwersten Beschuldigungen gegen den Zeugen, der die Sache herausgebracht hat. Er beschuldigt diesen Zeugen, einem bekannten Führer eines Norddeutschen Aufwertungsinteressen-Verbandes, der **Erpressung und anderer Betrügereien.** (**Dies** ändert natürlich nichts an der **Korruption des Herrn Oberfohren.**)

Der Direktor seines Bergwerks

Der deutschnationale Abgeordnete **Dr. Rademacher,** führendes Mitglied des Aufwertungsausschusses, erhebt wütend Einspruch gegen die „verleumderische Behauptung", daß er persönlich gegen die Aufwertung der Rest-Kaufgeld-Forderungen interessiert sei. **Nicht er persönlich** ist darum interessiert, **sondern — die von ihm vertretene Gesellschaft** und ebenso der ganze deutsche Braunkohlenbergbau, der **in der Inflation billig Land gekauft hat,** das heute mit Restkaufgeldern belastet ist. Die Interessen dieses Industriezweiges (lies: der kapitalistische Ausbeuter dieses Industriezweigs) habe er wahrgenommen, und damit [illegible] die seiner Gesellschaft. Ueber deren „Geschäfte" drückte er sich sehr unklar und widerspruchsvoll aus — aber **klar tritt hervor, für welche großkapitalistischen und Inflationsräuber-Interessen die Deutschnationalen ihren Wortbruch begangen haben.**

Während in der Person des schlesischen Freiherrn die ganze Junkerklasse auftritt, ist es in dem Bergwerksdirektor die industrielle Kapitalistenklasse.

Ein frommer Schwiegersohn

Der letzte im Bunde ist der fromme schwarzrotgoldene Zentrumsmann **Dr. Schetter.** Er selbst, so sagt er, seine Frau, seine verwitwete Mutter und seine Schwester wären nur für die Aufwertung interessiert, nicht dagegen. Nur von seinem **Schwiegervater** gibt er zu, daß der ein **Großgrundbesitzer ist und seinem Gläubiger die Hypothek in der Inflationszeit zurückgezahlt hat.** Er, Schetter, sei aber trotzdem immer für eine Aufwertung eingetreten, da er gedacht hätte: was der Schwiegervater als Schuldner ersparen würde, könnte man ihm doch leicht in Form einer Inflationssteuer wieder abnehmen. (Aber gerade **gegen diese von den Kommunisten beantragte Inflationssteuer** haben sich ja die **Herren vom „Aufwertungskompromiß" einschließlich des Zentrums mit allen Kräften und bisher erfolgreich gesträubt!**)

Zu diesen Erklärungen des Dr. Schetter schweigt trotz aller Zurufe beharrlich der von Dr. Best als Zeuge für die Anklage benannte und im Ausschuß anwesende **Dr. Roß-Köln** von der Zentrumsfraktion.

Dr. Best erwidert auf alle diese Ableugnungs-, Entschuldigungs- oder Beschönigungsversuche, daß er **seine Behauptungen in vollem Umfang aufrechterhält, daß er sein Material vorlegen wird und**

gerichtliche Aufklärung

verlangt. Solche Erklärungen, wie sie von den Angeschuldigten ohne Beleg und ohne Eid hier im Ausschuß abgegeben wurden, seien durchaus **nicht glaubwürdig.**

Man darf gespannt sein, was die weitere Aufklärung noch ergeben wird. Es steht jedenfalls jetzt schon fest, daß der Betrug der großmäuligen deutschnationalen Aufwertungsheuchler an den geschädigten kleinen Sparern und Gläubigern ein ganz ungeheuerlicher, nie dagewesener ist. Diese Betrogenen, meistens kleinbürgerlicher Herkunft, sehen jetzt selbst, daß sie ihre Rechte nur erfechten können **im Bündnis mit dem Proletariat gegen die kapitalistischen Aufwertungsfeinde.** Die Geschichte mit dem **„Retter Hindenburg"** aber ist längst der Lächerlichkeit anheimgefallen.

Der Reichstag beschlußunfähig

Vertagung bis zum 2. Juli

In der Sonnabend-Sitzung des Reichstags wurde mit der Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums begonnen. Nachdem vier Redner bei fast leerem Hause dazu gesprochen haben, bezweifelte Genosse Höllein gegen 3 Uhr die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die von der Rechten daraufhin geforderte namentliche Abstimmung ergab, daß nur 207 Abgeordnete anwesend waren, das Haus also beschlußunfähig war. Die Wut auf der Rechten war unbeschreiblich.

Der Reichstag vertagte sich dann mit derselben Tagesordnung auf Donnerstag, den 2. Juli, 2½ Uhr nachmittags.

Neue Millionen-Kredite für Stinnes

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 27. Juni.**

Durch die „Vossische Zeitung" und „Frankfurter Zeitung" wird bekannt, daß die Preußische Staatsbank 40 Millionen Mark neue Kredite dem Stinnes-Konzern zur Verfügung stellt. Politisch verantwortlich für die Preußische Staatsbank ist der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun.

China den Chinesen! Am Mittwoch, dem 1. Juli, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine große öffentliche **Massenkundgebung** statt, in der ein Mitglied der Koumintang-Partei, der Genosse Yühan Kao (China), sprechen wird.

KPD., Bezirk Halle-Merseburg
ARB., Ortsgruppe Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250629-16/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Der Zollschacher

Es schachern die Herren Volksvertreter,
Teils mit Gekeife, teils mit Gezeter,
Im Reichstag über Zölle und Steuern,
Kurz, wie sie dem Volke das Brot verteuern.
Da sind zum Beispiel die Deutschnationalen,
Die in dieser Beziehung ganz Radikalen,
Da ist das Zentrum, die Volkspartei,
Die, wo was zu rauben, noch immer dabei.
Dann kommen, ein wenig mißlich geraten,
Die „ollen, ehrlichen“ Demokraten,
Die Dattelkistenfabrikanten,
Die Börsenjobber, die Kriegslieferanten.
Zum Schluß mit all' ihren Missetaten,
Nah'n sich die Herrn Sozialdemokraten,
Die, um ihre „Pflicht“ zu erfüllen,
Mit Reden den Hunger der Massen stillen.
Und dieses duftende Bukett
Von Stallmist, gemischt mit Palastparkett,
Es schachert und schachert um Volkesnot
Und raubt im Schachern dem Volke das Brot,
Dem Volke, das als Schacherobjekt
Derweil bei vollen Scheuern verreckt!
Proleten! Wollt Ihr nicht Hungers sterben,
Müßt Ihr der Gesellschaft das Schachern **verderben!**
Heraus zum Protest! Formiert den Zug!
Millionenfach tön' es: „Nun ist's genug!“

Wilhelm Bartz.

Helft dem kämpfenden chinesischen Proletariat!

Arbeiter, Angestellte, Bauern!

Eine Million Arbeiter streiken in China. Der bevorstehende Generalstreik wird fünf Millionen Kämpfer umfassen, die um ihre Existenz und Freiheit kämpfen. Der Kampf der Chinesen ist Euer Kampf. Was heute den Chinesen passiert, kann morgen Euch treffen, darum helft schnell, unterstützt die Hilfsaktion der JAH.

JAH., Landesausschuß Halle-Merseburg.
JAH., Ortsausschuß Halle.
Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter.
Arbeiter-Sängerchor.
Gemeinschaft proletarischer Freidenker.
Zentralverband der Zimmerer.
Internationaler Bund der Kriegsopfer.
Arbeiter-Samariter.
Proletarische Kulturvereinigung.
Belegschaften der Firmen: Bertram (Diemitz), Hermann Wintzer, Haasengier (Hordorfer Straße), Lindner (Ammendorf).

Der Landesausschuß der JAH. Halle-Merseburg versendet in diesen Tagen Sammellisten, die unverzüglich an den Genossen R. Kutzschbach, Große Klausstraße 7, Vorsitzender des Landesausschusses der JAH., abzurechnen sind.

---

* **Die Genossen der Zuckerraffinerie Halle treffen sich wegen der China-Versammlung nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstagabend 8 Uhr zu einer wichtigen Sitzung in der Produktiv-Genossenschaft, Zimmer 4. Kein Mitglied der Kommunistischen Partei oder Jugend darf fehlen.**

* **Kommunistische Bauarbeiter.** Dienstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette“: Wichtige Fraktionssitzung. Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

* **Proletarische Tribüne.** Die für Mittwoch abend angesetzte **Probe wird auf Donnerstag abend 8 Uhr im „Volkspark“ verschoben.** Am Mittwoch beteiligen sich alle Mitglieder an der China-Versammlung im „Volkspark“.

* **Thalia-Theater.** Am heutigen **Montag, 8 Uhr: „Meine Frau,** die Hofschauspielerin“. Dienstag, 8 Uhr: Erstaufführung des musikalischen Lustspiels **„Die Frau ohne Kuß“, von R. Keßler, Musik** von Walter Kollo. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Anni Kunze, Hans-Joachim Laugwitz, Emil Schroers, **Paul Herlt,** Hellmuth Erdmann. Regie: Paul Herlt. Musikalische Leitung: Leo Schönbach. Mittwoch: Erste Wiederholung von „Frau ohne Kuß“.

Ammendorf

Von der letzten Gemeindevertretersitzung. An Stelle der ausgeschiedenen Vertreter Hoffmann (KPD.) und Wagner (SPD.) werden Willi Otto (KPD.) und Fritz Stephan (SPD.) eingeführt. Der Gemeindevorsteher gibt bekannt, daß in letzter Zeit mehrere Anzeigen auf Ueberfälle gemeldet sind und richtet einen Appell an die Vertreter, mit dafür zu sorgen, daß so etwas unterbleibt, andernfalls er sich veranlaßt fühle, eine Hundertschaft Sipo nach hier zu verlangen. **Er sagte aber nicht, von welcher** Seite dies geschehen ist. **Wir aber fordern den Gemeindevorsteher auf, sich uns zur Verfügung zu stellen, um mit uns des Abends resp.** des Nachts mehrere unangemeldete Rundgänge **zu machen, dann** wird ihm wohl seine jetzige einseitige Einstellung **vergehen. Scheinbar** sollen Gründe hervorgezaubert werden, um eine Existenzberechtigung der Sipo hier am Orte zu haben. **Weiter wird Klage** erhoben über zu hohe Mieten in den neuerbauten Gemeindehäusern. Eine Aufrechnung soll vorgenommen **werden und dann wird den** Vertretern in nächster Sitzung Bericht erstattet.

Von der KPD. war ein Antrag eingebracht folgenden **Wortlauts:** Antrag Pilger: Zur Amnestie der Reichsregierung, dem Reichstag und der Preußischen Regierung zu übermitteln.

Da nach Nachrichten der Presse im Reichstag ein Amnestie-Gesetzentwurf behandelt werden soll, nach welchem aller Voraussicht nach die proletarischen politischen Gefangenen nicht berücksichtigt werden, die Gemeinde Ammendorf aber ein Interesse daran hat, daß auch die politischen Gefangenen unserer Gemeinde: Franz Mohr, Karl Meißner, v. Wikowsky ebenfalls unter das Amnestiegesetz fallen, bitten wir folgenden Beschluß zu fassen:

Die Gemeindevertretung von Ammendorf verlangt von der Reichsregierung, dem Reichstag und der Preußischen Regierung, daß alle proletarischen politischen Gefangenen unter das Amnestiegesetz fallen, gleichviel von welchem Gericht und zu welcher Strafe sie verurteilt sind. Die Gemeindevertretung verlangt deshalb die Vollamnestie, weil auch in unserer Gemeinde die Familien der Inhaftierten in Not geraten sind und von der Gemeinde unterhalten werden müssen.

Da der Gemeindevorsteher diesen Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt hatte, wurde er als Dringlichkeitsantrag eingebracht. Die Vertretung beschließt mit den Stimmen der KPD. und SPD. die Dringlichkeit; der Ordnungsblock stimmt dagegen, somit wird der Antrag als letzter Punkt behandelt.

Nach Erledigung verschiedener Nebensächlichkeiten wird in die Beratung des Amnestieantrages eingetreten, der von Genossen Pilger ausführlich begründet wird. Die SPD. glaubt, einige **Argumente gegen die KPD. vorbringen zu müssen, dem wird von** seiten der Genossen Kiekhöfel und Woltmann entgegengetreten, **so**wie gegen die Ausführungen des Gemeindevorstehers, am Anfang der Sitzung. **Der Ordnungsblock hatte nichts dazu zu sagen und so** stimmten denn KPD. und SPD. für den Amnestieantrag, der Ordnungsblock dagegen.

Die Arbeiter müssen sich diese Brutalität des Bürgerblocks recht gut merken. Es sind auch verschiedene Herren gegen den Amnestieantrag gewesen, die ausschließlich von den Groschen der Arbeiter leben. **Von einem Stockreaktionär wie König und Konsorten kann man natürlich nichts anderes erwarten. Wenn aber Bürgerliche,** die sich sonst immer als edle Gewerkschafter aufspielen, gegen diesen Antrag stimmen, so entlarven sie sich selbst damit und geben so der Arbeiterschaft von Ammendorf Hinweis, sich in Zukunft entsprechend einzustellen. Es wäre verkehrt, diese Herrschaften anzuwinseln. „Wer die Peitsche verdient, auf dessen Rücken wird sie einst brennen.“ Also, Ammendorfer Arbeiter, übt Solidarität **und meidet** vor allem die arbeiterfeindlichen Geschäfte.

Nach kurzen Debatten, die nicht von Wichtigkeit sind, wurde die Sitzung geschlossen.

Wie gelangt der Unbemittelte in Deutschland zu seinem Recht?

Justizbeamte und Aerzte als Klassenfeinde — Ein Kreisarzt, wie ihn die Hindenburg-Republik gut gebrauchen kann — Das Gutachten des Gefängnisarztes ohne Untersuchung

Die Frage „Wie gelangt der Unbemittelte in Deutschland zu seinem Recht?“ kann man im allgemeinen dahingehend beantworten, daß diese überhaupt nicht zu ihrem Recht kommen können, **weil für sie das Recht nur in der Theorie besteht,** während uns die Praxis fast täglich Beispiele dafür liefert, daß es in Wahrheit für die unbemittelte Klasse überhaupt kein Recht gibt. Ganz **abgesehen davon, daß ein Kommunist in jeder Beziehung den schärfsten Klassenurteilen ausgesetzt ist,** ist es aber auch für den Unbemittelten, der sich überhaupt nicht um Politik kümmert, fast **unmöglich,** zu seinem Recht zu gelangen. **In Deutschland kostet das „Recht haben“ sehr viel Geld** und wer kein Geld hat, der hat logischerweise auch keinen Anspruch auf Recht. Die Möglichkeit mittels Armenscheines auf dem Klagewege zu seinem Recht zu kommen, scheint nur dann von Erfolg begleitet zu sein, wenn der unbemittelte Kläger keineswegs die Absicht hat, einen Angehörigen der besitzenden und herrschenden Klasse zu verklagen. Sobald dieses Moment aber eintritt, stellen sich Juristen, Aerzte und andere „Sachverständige“ offen auf die Seite des Besitzenden und in den allermeisten Fällen werden irgendwelche Anträge des Unbemittelten auf Grund eines „Sachverständigengutachtens“ kurzerhand abgelehnt, wie die beiden nachfolgenden Fälle es deutlich beweisen.

Bei einem hiesigen Angestellten stellten sich im Juni 1923 im Schenkel des rechten Beines heftige Schmerzen ein, die den Angestellten zwangen, sich sofort in ärztliche Behandlung zu begeben. Der konsultierte Arzt, Sanitätsrat Dr. med. Zausch, Königstraße 29, bestimmte als Krankheit „Rheumatismus“ und behandelte den Patienten entsprechend. Da die Schmerzen im Schenkel immer heftiger und unerträglicher wurden, verlangte der Kranke sofortige Krankenhausbehandlung, **die ihm von Dr. Zausch anfänglich vorenthalten wurde.** Erst auf wiederholtes Drängen des Kranken fühlte sich Dr. Zausch nach vier Monaten veranlaßt, die Ueberführung in das Diakonissenhaus anzuordnen. Der Kranke wurde der medizinischen Abteilung zur Behandlung dem Professor Dr. med. Loening zugeteilt. Hier wurde der Kranke, **ohne noch einmal eingehend untersucht zu sein,** auf die Diagnose des Dr. Zausch weiterbehandelt. Die Behandlung beschränkte sich auf Aspirin-Eingaben und Packungen **um den Schenkel.** Trotzdem die Schmerzen und das Fieber permanent im Steigen waren, schritt man zu keiner eingehenden Untersuchung und behandelte den Patienten bis zum 21. Oktober als an Rheumatismus erkrankt. Am 21. Oktober (nach fast fünf Monaten!), als der Wärter den Kranken aus dem Bett heben wollte, **brach dem Patienten plötzlich ohne irgendeinen Stoß erhalten zu haben, das rechte Bein an der schmerzhaften Stelle glatt ab.** Jetzt erst wurde er sofort der chirurgischen Abteilung überwiesen und durch die eingehende Untersuchung der chirurgischen Aerzte wurde **mittels Röntgenstrahlen sofort festgestellt, daß es sich bei der Erkrankung des Oberschenkels keineswegs um Rheumatismus, sondern vielmehr um eine Knochenerkrankung gehandelt hat. Kurze Zeit später trat durch einen hinzukommenden Brand absolute Todesgefahr ein, die nur durch eine sofortige Amputation des Beines beseitigt werden konnte.**

Nachdem das Bein bis auf einen kleinen Stumpf, der selbst zu klein ist, um eine Prothese halten zu können, abgenommen war, wurde der Patient Mitte März 1924 wieder der Behandlung des Dr. Zausch überwiesen. Der so zum Invaliden Gewordene strengte nun unter Benutzung eines Armenscheines gegen die behandelnden Aerzte Dr. Zausch und Prof. Loening Klage auf Schadenersatz sowie fahrlässiger Körperverletzung an und begründet das damit, daß **die beiden behandelnden Aerzte bei einigermaßen sachgemäßer Untersuchung die wirkliche Ursache der fürchterlichen Schmerzen hätten finden müssen** und daß bei einer entsprechenden früheren Behandlung auch die Knochenerkrankung hätte auskuriert werden können.

Das Gericht lehnte sämtliche Anträge des Invaliden mit der Begründung ab, daß eine Klage aussichtslos sei, da die eingeholten Gutachten zweier chirurgischer Aerzte die Behandlung des Dr. Zausch und Prof. Loening als nicht fahrlässig ansehen. Auffällig bei dieser Ablehnung ist die Tatsache, daß die beiden Aerzte Zausch und Loening den Krankheitsverlauf dem Gericht gegenüber nicht den Tatsachen entsprechend geschildert haben. Das läßt zumindest sehr weitgehende Schlüsse zu, und auch uns will es scheinen, als hätten diese beiden Herren alle Ursache, einem eventuellen objektiven Prozeß mit Unruhe entgegenzusehen. Zum Beispiel behaupten die beiden vernommenen Aerzte der Wahrheit zuwider, daß der Patient anfangs tatsächlich rheumatisch erkrankt gewesen sei, was durch die Schmerzen im Knie bewiesen werde. **In Wirklichkeit hat der Kranke niemals über Schmerzen im Knie, sondern immer um solche im Oberschenkel geklagt** und sind auch die Einpackungen stets an dieser Stelle erfolgt. Weiter steht fest, daß die Krankengeschichte dem Gericht nicht im Original vorgelegen haben kann, da die dem Gericht gemachten Angaben seitens des Diakonissenhauses ebenfalls nicht den Tatsachen entsprechen.

Es hat wirklich den Anschein, als habe sich hier Klassenjustiz und Klassenmedizin verbündet, um dem armen Menschen sein Recht vorzuenthalten. Wie wir noch erfahren, will der Invalide kein Mittel unversucht lassen, um zu seinem Recht zu gelangen. Wenn wir ihm guten Erfolg wünschen, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß wir an einen Erfolg glauben. Das Recht ist immer auf der Seite der Besitzenden, und selbst wenn das Recht auf seiten des Unbemittelten offen sichtbar ist, haben die Klassenrichter noch immer genügend Macht, um dieses Recht zu beugen. Daß dies leider gar zu häufig geschieht, beweist auch folgender Fall, der den

Kreisarzt Sanitätsrat Dr. med. Hillenberg in seiner Eigenschaft als Gerichtssachverständiger in ein höchst eigenartiges Licht rückt.

Es handelt sich in diesem Falle um einen Genossen, der von einem auswärtigen Gericht wegen eines Strafdeliktes, das er niemals begangen hat, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die Verurteilung war nur möglich, weil der Genosse damals (vor zwei Jahren) die Objektivität der deutschen Gerichte in unpolitischen Prozessen noch nicht angezweifelt hatte und Ladung von Entlastungszeugen für nicht notwendig hielt. Gegen dieses unerhörte Urteil legte der Betreffende sofort Berufung ein und machte Zeugen namhaft, die sämtlich seine vollständige Unschuld nachweisen können. Das Gericht mußte wohl oder übel dem Antrag stattgeben und einen neuen Hauptverhandlungstermin ansetzen. Der Angeklagte, der inzwischen schwer erkrankt war und operiert werden mußte, beantragte in letzter Stunde Vertagung der Verhandlung und fügte als Beweis seiner Erkrankung eine Bescheinigung der hiesigen Ortskrankenkasse bei, da er nicht in der Lage war, ein ärztliches Attest zu bezahlen. Trotzdem feststeht, daß das Gericht noch zeitig genug in den Besitz des Vertagungsantrages gelangt ist, wurde **die Berufung kurzerhand mit der Begründung verworfen, weil der Angeklagte zu dem angesetzten Hauptverhandlungstermin nicht erschienen sei und sich nicht genügend glaubhaft (!!!) entschuldigt habe.**

Hier ist dokumentarisch bewiesen, daß dem Unbemittelten überhaupt nichts geglaubt wird. Wenn er nicht zehnfach in der Lage ist, seine Unschuld zu beweisen, wird er rücksichtslos verdonnert, und das alles formuliert man mit der Phrase „Im Namen des Volkes“. Aber selbst wenn das Recht offen auf seiten des Angeklagten liegt, ist es unmöglich, es zu erlangen, oder zumindest mit so viel, fast unüberwindlichen Schwierigkeiten verknüpft, daß es faktisch **für die unbemittelte Bevölkerung überhaupt kein Recht gibt.** Der Genosse, der inzwischen **eine zweite Operation** durchmachen mußte und weiter durch die beiden schweren Operationen und einem nachfolgenden Typhusfall dauernd kränkelt und nicht mehr in der Lage ist, seinen Beruf auszuüben, hat sich inzwischen an die verschiedensten Instanzen und Behörden, ja sogar an das Justizministerium gewandt und beantragt erstens das inzwischen rechtskräftig gewordene Urteil, beziehungsweise die Strafvollstreckung bis zur Erledigung eines Wiederaufnahmeverfahrens auszusetzen und weiter um ein Wiederaufnahmeverfahren und Beiordnung eines Rechtsbeistandes. **Alle diese Anträge sind inzwischen glatt abgelehnt. Teilweise hielten es die Gerichte nicht einmal für notwendig, die Ablehnung zu begründen. Selbst der Antrag auf Strafaussetzung auf Grund des Gesundheitszustandes des Genossen wurde kurz und bündig abgelehnt.** Inzwischen hat sich der Genosse mehrmals an das zuständige Beschwerdegericht gewandt, auch hier mit dem Erfolg der glatten Ablehnung sämtlicher Anträge. Bei der Ablehnung der Anträge der Strafaussetzung mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Angeklagten spielt der hiesige Kreisarzt Sanitätsrat Dr. Hillenberg, Gütchenstraße, eine eigenartige Rolle. Dieser Herr hat den Angeklagten auf Veranlassung des Gerichts **zweimal untersucht und nichts an ihm gefunden.** Das Gericht beruft sich auf das Gutachten dieses **amtlichen Arztes** und fordert Strafantritt, da der Kreisarzt Hillenberg den Genossen für haftfähig hält. **Bestärkt wird dieses Gutachten durch die Aeußerung des Gefängnisarztes, der den Angeklagten noch nie gesehen, geschweige denn untersucht hat. (!) Das diese ärztlichen Gutachten,** ganz milde ausgedrückt, **eine unerhörte Fahrlässigkeit bedeuten,** wird durch die Tatsache bewiesen, daß der betreffende Genosse sich nunmehr wieder in privatärztliche Behandlung begeben mußte, **wo durch eine sofort angestellte diagnostische Röntgen-Untersuchung vereint mit einer Untersuchung des Stuhlganges, einwandfrei festgestellt wurde, daß der um sein Recht kämpfende Kranke wieder an einem Magengeschwür erkrankt ist, daß aller Wahrscheinlichkeit eine dritte Operation notwendig wird.**

Wenn man die zweimalige Untersuchung durch den Kreisarzt Hillenberg mit dieser sorgfältigen Untersuchung eines Privatarztes vergleicht, dann hat man wohl allen Grund, die Gutachten dieser amtlichen Aerzte als Klassenmedizin zu bezeichnen. Jedenfalls ist die Tatsache unerhört, daß durch die Fahrlässigkeit eines amtlichen Arztes die Möglichkeit besteht, Menschen in unmittelbare Gefahr für Leib und Leben zu bringen. Es liegt gewiß im öffentlichen Interesse, wenn gefordert wird, **daß derartige Aerzte sofort zur Verantwortung gezogen und außerdem durch gewissenhaftere ersetzt werden.** Die unterdrückten Schichten haben an der Klassenjustiz genug und es wäre wirklich nicht notwendig, wenn zu deren Verstärkung nun auch noch eine Klassenmedizin tritt.

Die vorstehend geschilderten beiden Fälle beweisen einwandfrei, wie es dem Unbemittelten einfach unmöglich gemacht wird, zu seinem Recht zu gelangen. Wenn auch in diesen Angelegenheiten noch nicht das letzte Wort gesprochen sein dürfte, so wird sich ein denkender Arbeiter dennoch keinerlei Illusionen hingeben. Im Gegenteil, man weiß es aus Erfahrung, daß die hier angeprangerten Instanzen und Personen sich noch auf das hohe Pferd setzen und den Entrüsteten spielen werden. Andere „Sachverständige“ werden dem bedrängten Kollegen zu Hilfe eilen, und mit vereinten Kräften wird es den Gewalthabern schon gelingen, die um ihre Rechte Kämpfenden **um das zu bringen, was die Verfassung unserer „herrlichen“ Hindenburg-Republik jedem Deutschen zusichert.**

Die Arbeiterschaft muß aus diesen kleinen Beispielen lernen und sich immer fester zu einer Front gegen dieses Schandsystem der herrschenden Klasse zusammenschließen.

Auf Erden rings, in Süden und Norden,
Das Recht ist schwach, die Willkür stark.
Leeres Wort der Armen Rechte,
Leeres Wort der Reichen Pflicht.

Diese Verszeilen aus der Internationale bewahrheiten sich immer wieder und werden sich so lange bewahrheiten, **bis sich alle Unterdrückten und Entrechteten zu einer gewaltigen roten Front zusammenschließen und einmütig den Kampf gegen diese korumpierte Gesellschaftsordnung, die Herrschaft der werktätigen Massen in Stadt und Land aufrichten.**

Dann kommt der Tag, da wir uns rächen!
Dann werden wir die Richter sein!

Arbeiter-Sport

Fichte 1. gegen VfB. Lettin 1. 4 : 1 (2 : 0). In der dritten Minute erzielt der Rechtsaußen Fichtes durch Einzelleistung ein prächtiges Tor. **Vom Wind begünstigt, kann Lettin in der ersten Halbzeit ohne Erfolg leicht überlegen spielen.** Fichte erzielt aus einer Drängelei den zweiten Treffer. Durch unfaires Spiel des rechten Verteidigers Fichtes erhält L. einen Strafstoß, der schön eingeköpft wird. Dann dreht Fichte auf, ein Eckball wird zum dritten Tor verwandelt. Lettin wird eingeschnürt und muß kurz vor Schluß den Ball zum viertenmal aus dem Netze holen. Der Schiedsrichter war einwandfrei.

Fichte 2. gegen Passendorf 1. 5 : 1 (4 : 0). Passendorf scheint sich in einer Krise zu befinden und mußte sich die verdiente Niederlage gefallen lassen.

Bruckdorf 1. gegen Zörbig 1. 0 : 0. Das Spiel setzt in scharfem Tempo ein. **Mehrere Strafstöße werden verhängt, dadurch zeigen beide Mannschaften ein schönes** offenes Spiel. Bruckdorf ist eifriger und leicht überlegen, Zörbig technisch besser. **Ein scharfer Nachschuß Br. wird wegen Abseits nicht gewertet, auf der anderen** Seite retten die Verteidiger auf der Linie. In der zweiten Halbzeit hält der Zörbiger Torwart einen gut getretenen Elfmeter. **Bis zur letzten Minute liegt** die Entscheidung in der Luft. **Der Schiedsrichter war kleinlich und hatte dadurch** das Spiel fest in der Hand.

Sportverein Wörmlitz 1. gegen Teutonia 08 1 : 2 (1 : 0). Das mit Spannung erwartete Spiel fand am Sonntag, dem 28. Juni, in Wörmlitz statt. „Wird Teutonia seine gute gegen ASC. gezeigte Form auch wieder zeigen?“ mag wohl die Frage gelautet haben. **Im voraus sei bemerkt, daß das Spiel unter einem** unglücklichen Stern fand. **Spielverlauf:** Zur festgesetzten Zeit stellten sich beide Mannschaften dem Schiedsrichter. Trotzdem Teutonia gegen Wind und Sonne spielt, **macht sich eine leichte Ueberlegenheit bemerkbar, doch haben die Stürmer** Teutonia die Schießstiefel zu Hause gelassen, so daß es zu keinem Erfolge langt. Wörmlitz dagegen ist glücklicher. Durch ein Mißverständnis der Verteidigung, hervorgerufen durch die blendende Sonne, muß sich Teutonia das erste Tor gefallen lassen. So geht es in die Pause. Teutonia, jetzt den Wind im Rücken, drückt Wörmlitz vollständig in seine Spielhälfte zurück. Da wird der rechte Läufer verletzt und muß das Spielfeld verlassen. Der H.-R. Teutonias schafft durch Alleingang den Ausgleich, dem der H.-L. bald darauf das zweite Tor anreiht. — Die zweite Mannschaft unterlag in Reinsdorf 2 : 1.

Kröllwitz 1. gegen Teicha 1. 4 : 0 (3 : 0). Auf dem neuen Sportplatz der Sportfreunde Teicha stellten sich [illegible]-Mannschaften dem Unparteiischen (Pabst, Wörmlitz). Gleich zu Anfang legt Kr. das gewohnte Tempo vor, dem T. sich mit allem Eifer entgegenstemmt. Obwohl T. ein Neuling in der 1. Klasse ist, stellen sie keine zu unterschätzende Mannschaft ins Feld. Kr. zieht sofort vors Tor. Der Platz ist leider etwas zu klein und der Innensturm kann nicht so arbeiten, wie er es als Kreismeister so manchmal gezeigt hat. Auch T. setzt alles daran, das Spiel in die Hand zu bekommen. T. kommt in den Strafraum Kr. Der rechte Verteidiger von Kr. fällt dem R.-A. Teichas ungewollt in die Füße. Elfmeter! Eine harte Entscheidung. Der scharfe Schuß wird vom Pfosten gerettet. Kr. erhält wegen rohen Spiels einen Elfmeter zugesprochen. Der abgewehrte Schuß wird zum ersten Tor verwandelt. Das Spiel wogt auf und ab, meist hat Kr. mehr vom Spiel infolge technischer Ueberlegenheit. Eine Kombination R.-A., H.-R. und L.-A. bringt für Kr. das zweite Tor. Teichas Angriffe scheitern an Kr. Läuferreihe. Teicha schießt einen scharfen Schuß an die Latte. R.-A. von Kr. gibt einen langen Schuß zum L.-A. Dieser legt vor und H.-L. kann das dritte Tor unhaltbar einsenden. — Nach Halbzeit ist Kr. fast immer in T. Hälfte. T. hat alle Hände voll zu tun, sein Heiligtum reinzuhalten. Teicha hält das Spiel offen, vereinzelte Angriffe meistert die V., ihre langen Schüsse schaffen immer wieder Luft vor der Lade. Verschiedene Sachen fängt T. Tormann gut. Auch hier rettet die Latte bei einem scharfen Schuß von Kr. H.-L. von Kr. spielt sich durch und sendet zum vierten Tor ein. Kr. hat mit seinen Schüssen wenig Glück, T. Tormann um so mehr, nur er bewahrt seine Mannschaft vor größerer Niederlage. — Die zweiten Mannschaften 11 : 2 für Kr. Kr. 3. gewann mit 4 : 0.

Gröbers 1. gegen Giebichenstein 1. 1 : 0.
ASC. 1. gegen Trotha 1. 3 : 0.
Sportlust 1. gegen Viktoria 1. 3 : 0 (!)
Gröbers 2. gegen Giebichenstein 2. 2 : 1.
ASC. 2. gegen Diemitz 1. 1 : 5.
Viktoria 3. gegen Giebichenstein 3. 5 : 0.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250629-16/fragment/page=0006

Gewerkschaftsbewegung

Was soll unsere Genossenschaftswoche?

O. S. Die Zentrale **hat** vom 29. Juni bis 4. Juli eine Genossenschaftswoche angesetzt. Zum ersten Male verlangt die Zentrale, daß von der Gesamtpartei während einer Woche die Genossenschaftsarbeit mit in den **Vordergrund** der Parteiarbeit gestellt werden soll.

Die fast 12 Millionen Mitglieder zählenden **Arbeiterkonsumvereine** werden heute durch die Genossenschaftsbureaukratie der Bourgeoisie zu ihrer Politik gegen die Arbeiterklasse zur Verfügung gestellt. Die Genossenschaftsbureaukratie hat die Genossenschaften der Arbeiterklasse entfremdet und **durch die Abtötung allen Lebens innerhalb der Konsumvereine** erhebliche Teile der Arbeiterschaft an den Konsumvereinen interesselos gemacht. Die Genossenschaften haben auch in dem Kampf um die Belieferung der Arbeiterschaft mit billigeren und guten Bedarfsgegenständen vor dem kapitalistischen Handel kapituliert und beschränken sich heute lediglich auf einen geschäftlichen Konkurrenzkampf.

Ihrem Wesen und der Zusammensetzung ihrer Mitglieder nach sind die Konsumgenossenschaften aber proletarische Organisationen. Ihre Aufgabe besteht darin, gemeinsam mit den Gewerkschaften unter Führung der KPD. den Kampf für die Besserung der Lebenslage der Arbeiterklasse und für die Beseitigung des Kapitalismus zu organisieren und durchzuführen.

Die KPD. kann deshalb nicht länger zusehen, daß die Genossenschaftsbureaukratie die 12 Millionen Genossenschaftsmitglieder, 1200 Konsumvereine, viele Verteilungsstellen, große eigene Fabriken, große Fuhrparks usw. — alles, was die Genossenschaftsmitglieder in schwerer mühseliger Kleinarbeit aufgebaut haben — **heute unseren Klassengegnern zur Verfügung stellt.** Schon die Weltkongresse der Komintern haben deshalb Beschlüsse gefaßt, daß **jeder Kommunist auch Mitglied eines Konsumvereins** sein muß und dort kommunistische Fraktionsarbeit zu leisten hat. Es ist jedoch noch immer eine unleugbare Tatsache, daß große Teile der Parteimitglieder und -funktionäre diese Beschlüsse noch immer nicht durchgeführt haben. Während in einer Reihe Parteibezirken nahezu sämtliche Parteimitglieder auch in den Konsumvereinen organisiert sind, gibt es noch Bezirke, in denen nur ein kleiner Bruchteil unserer Mitglieder in den Konsumvereinen sind. Das kann nicht länger so bleiben!

Die Genossenschaftswoche ist angesetzt, um die jahrelange Mißachtung und Vernachlässigung der kommunistischen Genossenschaftsarbeit aus den Parteimitgliedern herauszubringen und überall die Grundlage für eine erfolgreiche Fraktionsarbeit auch in den Konsumvereinen zu schaffen. Anläßlich des 3. Internationalen Genossenschaftstages am 4. Juli soll die Partei energische Arbeit in den Konsumvereinen leisten, um in den Massen die Illusionen der Genossenschaftsreformisten zu zerstören und die Millionen proletarischer Genossenschaftsmitglieder für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen. Die Konsumvereine sollen durch unsere Kampagne einbezogen werden in die schweren Kämpfe, die die Arbeiterklasse jetzt gegen die ständig zunehmende Teuerung, gegen die Schutzzoll- und Steuerpläne der Bourgeoisie, gegen die monarchistische Gefahr, für die Vollamnestie, für Erhöhung der Löhne und die Zurückeroberung des Achtstundentages zu führen hat.

Es ist deshalb in der Genossenschaftswoche sowohl innerhalb der Partei, als auch unter den Konsumvereinsmitgliedern und der gesamten Arbeiterschaft eine ernste Arbeit zu leisten. Die Schwierigkeiten, die uns entgegenstehen, sind gewiß groß, aber sie müssen überwunden werden. Innerhalb der Partei soll in Parteimitglieder-, Zellen-, Funktionärversammlungen usw. zur Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften Stellung genommen werden. In den Zehnergruppen und Zellen muß eine genaue Kontrolle durchgeführt werden, welche Kommunisten noch keine Konsumvereinsmitglieder sind. Diese Mitglieder müssen zu besonderen Sitzungen zusammengefaßt und zum Eintritt in die Konsumvereine und zur kommunistischen Genossenschaftsarbeit veranlaßt werden. In den Mitgliederversammlungen sollen überall Genossenschaftsfraktionen geschaffen und gute Fraktionsleitungen eingesetzt werden.

Bei unserer Arbeit müssen die Abwehrmaßnahmen gegen die Schutzzollpläne der Bourgeoisie — die Fragen in der „Offenen Anfrage an den Bundesvorstand des ADGB." gelten auch für die Genossenschaftsbureaukratie —, der Kampf für die Vollamnestie, der Genossenschaftstag in Stettin und der internationale Genossenschaftstag am 4. Juli im Vordergrund stehen.

Nach der Genossenschaftswoche darf es **keinen Kommunisten mehr geben, der nicht Konsumvereinsmitglied ist** und keine Ortsgruppe der Partei, wo es nicht eine wirklich arbeitende Genossenschaftsfraktion gibt. Es muß uns auch jetzt schon gelungen sein, eine Anzahl Arbeiterkonsumvereine in den Kampf für die Abwehr der Schutzzölle und die Vollamnestie einzubeziehen.

•

In unserem Bezirk finden folgende **öffentliche Konsumentenversammlungen** statt: Am 3. Juli in Wittenberg, 4. Juli in Halle, 5. Juli in Weißenfels. Referentin ist die bekannte Genossenschafterin **Genossin Strömer-Wien.**

Saupe zerschlägt die Einheitsfront der Landarbeiter

Wer von den Landarbeitern hätte schon das bekannte Lied der DLV.-Vertreter von den „kommunistischen Verbandszerstörern" vergessen? Wenn es auch jetzt noch ab und zu in „vertrauten Kreisen" abgeleiert wird, so sind die Töne doch merklich heiser geworden, seitdem die fortgeschritteneren oppositionellen Landarbeiter von der Theorie der Einheit zur Praxis übergegangen waren. Die Dinge waren soweit gediehen, daß zwei Tage nach der Gaukonferenz des VLWD. der Kollege Ackermann mit dem DLV.-Gauleiter Saupe vereinbarte, daß die Mitglieder des VLWD. durch eine gemeinsame Versammlungskampagne, welche vom Kollegen Ackermann ausgearbeitet und den Kreisleitern rechtzeitig übergeben werden sollte, im DLV. übernommen werden sollten. Die Frage der Anrechnung der im VLWD. geleisteten Beiträge sollte durch den Hauptvorstand des DLV. geklärt werden. Als der Kollege Ackermann sein eigenes Mitgliedsbuch zum Uebertritt vorlegte, erklärte ihm Saupe, er solle seinen Uebertritt als Mitglied und Vorsitzender der Ortsgruppe erst dann vollziehen, wenn die übrigen Kollegen der Ortsgruppe Mötzlich ihre Mitgliedsbücher abgeliefert hätten. Als nun am vergangenen Montag der Kollege Ackermann die Mitgliedsbücher der Ortsgruppe Mötzlich sowie die restlichen Bücher der Ortsgruppe Domnitz ins Gaubureau brachte, wurde ihm durch die Stenotypistin mitgeteilt, daß Saupe zu einer Gauleiterkonferenz nach Berlin gefahren sei und voraussichtlich erst am Mittwoch zurück sein werde. Die neuen Mitgliedsbücher sollten dem Kollegen Ackermann, welcher zugleich provisorisch als Kassierer der Ortsgruppe gewählt worden war, nach der Rückkehr Saupes zugestellt werden.

In Nr. 131 des „Klassenkampf" vom Mittwoch, dem 24. Juni, erschien auf Grund einer Mitteilung des Kollegen Ackermann eine kurze Notiz mit der Ueberschrift: „Die Landarbeiter auf dem Wege zur Gewerkschaftseinheit". In dieser Notiz fand sich irrtümlich der Satz: „In Mötzlich und Domnitz sind die Mitgliedschaften des Verbandes der Land- und Waldarbeiter geschlossen in den DLV. zurückgekehrt. Auch der bisherige Gauleiter des VLWD. ist wieder im DLV. aufgenommen." Als der Kollege Ackermann nun noch einmal im Gaubureau des DLV. vorstellig wurde, um die Mitgliedsbücher der Ortsgruppe Mötzlich und das nötige Verbandsmaterial in Empfang zu nehmen, wurde er an Saupe verwiesen. Dieser eröffnete ihm, daß er auf Grund des „Schwindelartikels" im „Klassenkampf" als Mitglied im DLV. nicht aufgenommen werden und an eine Anstellung im DLV. gar nicht gedacht werden könne. Kollege Ackermann erwiderte ihm, daß er noch nie daran gedacht habe, im DLV. angestellt zu werden. Die Notiz im „Klassenkampf" beruhe auf einem Irrtum und werde richtiggestellt. Saupe erwiderte ihm darauf, **eine Mitgliedschaft könne schon deshalb nicht in Frage kommen, weil er arbeitslos sei und daher doch die Beiträge nicht bezahlen könne. Uebrigens sei er Gärtner und müsse dann dem Verband der Gärtner beitreten.** Als daraufhin der Kollege A. ihm klargelegt hatte, daß auch Erwerbslose einer freien Gewerkschaft angehören können und für ihn nur der DLV. in Frage kommen könne, weil er darauf angewiesen sei, eine Stellung als Gutsgärtner zu suchen, wurde ihm die Antwort: „Wir lassen uns von Dir nicht vorschreiben, wen wir als Mitglied aufnehmen. Du hast bisher den DLV. bekämpft und dann noch der Schwindelartikel von gestern. Du kannst bei uns nicht Mitglied werden. Wer sich bei uns den gewerkschaftlichen Grundsätzen nicht fügt, der fliegt sofort wieder heraus. Wir warten nicht auf Eure paar Männekens, **uns kommt es auf 200 Mitglieder nicht an."** Als Beweise seiner Behauptung führte er an, der Kollege Ackermann habe wiederholt die Personen Schmidt, Hille und Saupe in der Presse verunglimpft. Da A. noch nie Mitglied im DLV. gewesen sei, **wäre es ein großer Schwindel, im gestrigen Artikel zu behaupten: „auch der frühere Gauleiter des VLWD. ist wieder im DLV. aufgenommen".**

Nachdem alle gütlichen Versuche, das Versprechen zur Richtigstellung der Notiz sowie auch die Berufung auf die statutarischen Rechte, nachdem sich jeder Arbeiter in seiner zuständigen Gewerkschaft organisieren kann, sofern er nicht nachweislich schädigend in der Arbeiterbewegung tätig war, gescheitert waren und Saupe außerdem versuchte, **den Kollegen Ackermann mit Beleidigungen zu provozieren**, verlangte A. sein Buch zurück mit dem Bemerken, daß er nun gezwungen sei, **sich erneut durch die Presse an die Oeffentlichkeit zu wenden,** um die Sabotage Saupes aufzuklären. Darauf erwiderte Saupe: „Wenn Du einen Artikel in die Zeitung bringst, werde ich einen Gegenartikel bringen, der nichts mehr an Dir heil lassen wird." Auf die Frage, wer die Ortsgruppe Mötzlich kassieren solle, da doch der Kollege Ackermann vorläufig zum Kassierer bestimmt sei, erwiderte Saupe: „Die Ortsgruppen werden durch unsere Kreisleiter aufgenommen. Bevor mir die Ortsgruppe **Mötzlich nicht ordnungsmäßig durch den Kreisleiter als Ortsgruppe gemeldet ist, ist es keine Ortsgruppe des DLV."**

Deutlicher als durch diese Vorgänge konnten die wahren Absichten Saupes und seiner Hintermänner nicht zum Ausdruck gebracht werden. Die Herrschaften wollen unter sich und ihresgleichen bleiben. „Auf 200 Landarbeiter kommt es uns nicht an!" Es genügt Saupe, soviel Mitglieder zu haben, die in der Lage sind, die notwendigen Verbandsunkosten und natürlich ein anständiges Monatsgehalt von 280 Mk. für ihn aufzubringen. **Die Erfassung aller Landarbeiter im DLV. ist ihm schnuppe,** und somit bekennt er offen, daß ihm **auch die Verbesserung der Existenz der Landarbeiter schnuppe ist.** Wer sich untersteht, berechtigte Kritik an der versumpften Bureaukratie zu üben, fliegt aus dem Verband, weil er nach Saupes Ansicht dann den DLV. schädigt. „Bei uns herrscht Ordnung!" Die Bureaukraten diktieren, und wenn es auch offen gegen die statutarischen Richtlinien geht, die Mitglieder haben zu gehorchen! Natürlich ist auch nicht der Irrtum im „Klassenkampf", daß Ackermann schon früher Mitglied und aus dem DLV. ausgeschlossen war, die Ursache dieser neuen Zersplitterung der Landarbeiterschaft durch DLV.-Angestellte. Es hat den Anschein, als ob Saupe **durch die Gauleiterkonferenz zur Verweigerung der Aufnahme bestimmt** wurde, nachdem er dem Kollegen Ackermann anheim gestellt hatte, sein Mitgliedsbuch mit den übrigen der Kollegen aus Mötzlich abzugeben. Alle Register werden aufgezogen, um die Verweigerung der Aufnahme zu rechtfertigen. Die Versprechung auf Berichtigung, wonach der Kollege A. noch nicht Mitglied des DLV. war, der Hinweis auf den propagandistischen Zweck der Notiz, die Mitglieder des VLWD. restlos dem DLV. zuzuführen, hätten sonst wahrlich genügt. Aber nein: „Du bist arbeitslos und kannst die Beiträge nicht bezahlen! Du bist Gärtner und gehörst in den Gärtnerverband! Deine Mitgliedschaft im DLV. kommt nicht in Frage. Und wenn Du es wagst, dies alles der Oeffentlichkeit mitzuteilen, dann lasse ich einen Gegenartikel los, der nichts mehr an Dir heil läßt!" — Wir sind es gewöhnt, mit Lügen und Verdrehungen durch Saupe verunglimpft zu werden und nehmen daher auch dieses Risiko auf uns. Wer den Kollegen Ackermann kennen lernte, wird sich sein eigenes Urteil über den angekündeten Gegenartikel Saupes bilden.

Saupe selber schädigt den Verband, da er die vorher vereinbarte Versammlungskampagne sabotiert, da die bereits übergetretene Ortsgruppe Mötzlich bis zur Aufnahme durch den Kreisleiter nicht Ortsgruppe des DLV. sein soll und der gewählte Vorsitzende und Kassierer nicht aufgenommen wird, und somit **die Ortsgruppe zerschlagen werden soll.** Saupe weiß, welcher Geist in der Ortsgruppe Mötzlich ist und hat daher kein Interesse an dieser. Das Ziel der Saupe und Konsorten besteht darin, den **VLWD. zu zerschlagen und dann in den Orten die „gefügigen Elemente" zu sammeln.**

Durch diesen Akt zur Verhinderung der gewerkschaftlichen Einheit, durchgeführt von dem „Vertreter" des Deutschen Landarbeiterverbandes, dem Gauleiter Paul Saupe, wird hoffentlich auch der rückständigste Landarbeiter einsehen, **wer schuld ist an der Uneinigkeit des Landproletariats** und somit an seinem Wirtschaftselend.

Der Landbund ist ein mächtiger Gegner und ein kräftiger Kämpfer. Der DLV. ist schwach, weil die Bureaukraten in ihm, aus Furcht vor dem Verlust ihrer Futterkrippe, die Einigkeit unterbinden und im Landbund nicht den gefährlichen Gegner, sondern den bekannten und ihnen lieb gewordenen Arbeitsgemeinschafter erblicken.

Aber trotz aller Hemmnisse und Schwierigkeiten, gleichviel von welcher Seite sie auch kommen mögen, werden die Mitglieder des VLWD. ihrem Ziele entgegenmarschieren: **Der Einheitsfront im Deutschen Landarbeiter-Verband.**

Den Kollegen im DLV. rufen wir zu: Erkennt endlich die Schwächen ud deren Ursachen im DLV.! Nehmt in **den Versammlungen sofort Stellung gegen die verbandsschädigenden Aktionen Eures Gauleiters Saupe!** Wendet Euch in Resolutionen an den Hauptvorstand und an die maßgebenden Instanzen, um die Isolierung ehrlicher Revolutionäre und weitere Sabotageakte durch Eure angestellten Vertreter zu verhindern. Verlangt mit uns die Vereinigung aller Landarbeiter und der in der Landwirtschaft Beschäftigten im DLV., zur Gesundung und zum Nutzen des DLV.

Die Unorganisierten, alle diejenigen, die aus Verärgerung über die Handlungsweise der Verbandsbureaukraten dem DLV. den Rücken gekehrt haben, mahnen wir: Nehmt die Gewehre — die Mitgliedsbücher des DLV. — wieder in die Hand. **Betrügt Euch nicht selbst, indem Ihr länger mutlos abseits steht.** Unterstützt uns in unserem Ringen zur Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit aller Landarbeiter im DLV.! Denn nur durch eine organisierte Arbeiterschaft kann der Sieg errungen werden.

Der Metallarbeiterschiedsspruch von den Industriellen abgelehnt

Die Metallindustriellen haben den Schiedsspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie abgelehnt. Die Arbeiterschaft hatte an der Spitze 72 Pf. gefordert, der Schiedsspruch sieht 65 Pf. vor, und **nicht einmal diese geringe Erhöhung** (bisher 61 Pf.) **ist von den Unternehmern angenommen worden.** Ein Beweis, **daß sie mit den brutalsten Machtmitteln die Arbeiterschaft immer tiefer ins Elend hinabzustoßen gewillt sind.**

Es kommt jetzt alles darauf an, daß **in den Betrieben mobilisiert** wird und daß die Arbeiterschaft fest zusammensteht, um endlich der Unternehmeroffensive wieder eine geschlossene Abwehrfront entgegenzustellen. **Kollegen, denkt an den Ruf von Karl Marx:**

Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Oeffentliche Zimmerer-Versammlung in Halle

Am 22. Juni tagte auf Beschluß der **letzten Mitgliederversammlung** eine öffentliche **Zimmererversammlung**, welche zu der Ueberstundenarbeit und teilweisen Durchbrechung des Achtstundentages Stellung nahm. Die Versammlung war sehr gut besucht. Nach einleitendem Referat des Verbandsleiters Förster über die **Arbeitszeitfrage** sowie über die **wirtschaftliche Lage des Baugewerbes** unter Berücksichtigung der politischen Lage, **Auswirkung des Dawes-Gutachtens,** verschärfte kapitalistische Offensive, nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, fortan **alle Verstöße der Unternehmer auf Verlängerung der Arbeitszeit strikte abzuwehren,** auch gegen Verbandsschädlinge organisatorisch vorzugehen. Dasselbe muß auch auf das **gesamte Baugewerbe** ausgedehnt werden, wenn eine gewisse Ordnung innerhalb der Arbeiterbewegung Platz greifen soll. In jedem Falle ist die Organisationsleitung bei Uebertretungen sofort zu benachrichtigen.

Unter „Verschiedenem" wurde zu der **Amnestievorlage der Reichsregierung** Stellung genommen und der **Willensausdruck** in der nachstehenden Resolution niedergelegt:

„Die am 22. Juni 1925 im „Volkspark" tagende öffentliche Zimmererversammlung protestiert auf das schärfste gegen den Amnestieentwurf der Reichsregierung und betrachtet diesen als Betrug aller proletarischen politischen Gefangenen. Die Versammlung verlangt, daß die Spitzenorganisation und der ADGB. gemeinsam mit der KPD. den Kampf aufnehmen gegen die Reichsregierung für die Vollamnestie."

Zu den Lohnverhandlungen im hallischen Transportgewerbe

Der Deutsche Verkehrsbund schreibt:

Am Freitag, dem 26. Juni, haben die Funktionäre der im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Mitglieder des Deutschen Verkehrsbundes in einer gut besuchten **Versammlung** zu dem unerhörten **Schiedsspruch,** welcher unter Vorsitz des Geheimrats Troplowitz gefällt wurde, Stellung genommen. Nach einem eingehenden Bericht des Kollegen Schaumburg von den letzten Verhandlungen wurde in der Diskussion lebhaft Klage darüber geführt, daß die Arbeitgeber heute nicht einmal die vertraglichen Bestimmungen erfüllen, geschweige überhaupt Ueberstunden noch bezahlen. Alle Diskussionsredner forderten die Anwesenden auf, jetzt mit aller Macht daranzugehen und die **Kollegen wieder der Organisation zuzuführen,** damit endlich gegen die Machenschaften der Arbeitgeber vorgegangen werden kann.

Einmütig beschloß die Versammlung, sofort erneute Verhandlungen zu verlangen. Des weiteren wurde beschlossen, sofort **Branchenversammlungen** einzuberufen, in welchen zu der wirtschaftlichen Lage der im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Kollegen und Kolleginnen Stellung genommen werden soll. Die Versammelten verpflichteten sich Mann für Mann, für einen guten Besuch derselben zu sorgen.

Am **Donnerstag,** dem 2. Juli, werden die in der Kohlenbranche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in einer Versammlung, welche bei Thate, Berliner Straße 31, stattfindet, und am **Freitag,** dem 3. Juli, abends 8 Uhr, die im **Schwerfuhrwerk, Spedition und Hafenbetrieben** beschäftigten Kollegen im „Volkspark" in einer öffentlichen Versammlung aller Kollegen dieser Branche ebenfalls zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen.

Kollegen und Kolleginnen, erkennt endlich den Ernst der Lage und erscheint alle zu den Versammlungen.

Sorgt weiter für einen guten Besuch derselben, denn nur durch Geschlossenheit und Einigkeit in Eurer Berufsorganisation, dem Deutschen Verkehrsbunde, wird es möglich sein, bessere Lebensbedingungen zu schaffen.

Holzarbeiterversammlung in Kelbra

Für Vollamnestie, gegen den Steuerdruck

In der vorigen Woche fand eine Mitgliederversammlung der Knopfmacher statt. Nach Entlastung des Kassierers wurde zu den vom Hauptvorstand herausgegebenen Extramarken für die Unterstützung ausgesperrter Holzarbeiter Stellung genommen. Jedes Mitglied des DHV. **ist verpflichtet, 50 Pf. als wöchentlichen Extrabeitrag zu kleben.**

Aus dem Bericht der Kartellsitzung ist folgendes zu erwähnen: In der nächsten Woche findet **eine öffentliche Protest-Versammlung gegen den neuen Steuergesetzentwurf der Luther-Regierung** statt, der die arbeitende Bevölkerung noch mehr als bisher den Druck der Steuern fühlen lassen will. Das vom Kartell vorgesehene **Gewerkschaftsfest wurde abgelehnt.**

Unter „Verschiedenes" wird Stellung genommen zur Vollamnestiefrage. In die der Versammlung vorgelegte Einzeichnungsliste für die Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen zeichneten sich **sämtliche Kollegen** ein, mit Ausnahme einiger SPD.-Leute, obwohl sich auch eine Anzahl Reichsbanner- und SPD.-Angehörige in den Gefängnissen und Zuchthäusern der „freien Republik" befinden. Das macht aber nichts: die Hauptsache ist, daß wir nicht drinne sitzen, denkt die hiesige SPD.-Gefolgschaft. Die Arbeiterschaft sieht auch hier wieder, daß **die SPD. genau dasselbe will wie die bürgerlichen Parteien:** Keine Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen. Um so mehr muß die Arbeiterschaft, welche noch etwas Rückgrat besitzt, ihre Stimme erheben für die Befreiung ihrer Klassengenossen aus den Gefängnissen.

Verbandstag der Eisenbahner

(Fortsetzung)

Nachdem unter Ablehnung eines Schlußantrages einige SPD.-Delegierte noch Einzelwünsche aus den Bezirken vorgebracht hatten, wurde der Schluß der Debatte dann doch beschlossen, als der nächste unserer Genossen zu Wort kommen wollte.

Graßmann vom ADGB, erhielt das Wort, um auf die zahlreichen Angriffe zu erwidern, wozu er meinte, einige Stunden zu gebrauchen. In den Anträgen aus den Ortsgruppen seien die Angriffe noch derber als in der Diskussion. Er behauptet, daß sie im März Hilfe zur Verfügung gestellt hätten. Gegen die Dawes-Lasten könnten sie nichts machen, außerdem trügen sie die Eisenbahner doch nicht alleine. Der Volksentscheid über das Washingtoner Abkommen sei zurückgestellt, **weil Minister Dr. Brauns Zusagen auf Ratifizierung gemacht hätte.** (!) **Außerdem sei die Abstimmung unsicher und das Geld noch gar nicht in den Kassen.** Die Schwäche und die Erfolglosigkeit des ADGB. führt er auf die

Donnerstag 1/2 8 Uhr Sitzung aller Fraktions- und Zellenleitungen in der Produktiv

Thema: Gewerkschaftsarbeit und Genossenschaften

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250629-16/fragment/page=0007
DFG

Organisationsschwäche und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurück. Dann schwärmte er zur Erhebung der Delegierten für die Idee der Vereinigten Staaten Europas und für eine spätere wirtschaftliche Verständigung aller Völker der Erde.

Genosse **Neumann** erhielt dann nochmals das Wort zur Begründung des nachfolgenden **Amnestieantrages:**

Die 3. ordentliche Generalversammlung des DEV. erhebt einmütig Protest gegen die von der Reichsregierung vorbereitete, sog. Amnestievorlage, deren völlige **Unzulänglichkeit** nicht nur bei der gesamten Arbeiterschaft, sondern bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein bereits den schärfsten Widerspruch hervorgerufen hat. Der Verbandstag fordert die **sofortige Freilassung der politischen Gefangenen,** die wegen ihres mutigen Eintretens für die Arbeiterinteressen Opfer der Klassenjustiz geworden sind.

Diesen einfachen, an den Reichstag und an die Regierung zu richtenden Protest gegen die jetzige Amnestieschmach **durchkreuzten einige SPD.-Delegierte** im blinden Haß durch die üble Methode, die Worte „Auch in Rußland" einzufügen und von der Internationale eine Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in allen Ländern zu verlangen. Mit diesem Zusatz wurde dann später tatsächlich der Beschluß angenommen, so daß eine Einsendung des Protest an die deutsche Regierung jetzt **nicht vorgenommen** wird. Genosse Neumann macht eine entsprechende Feststellung, daß unsere Genossen dem verbunzten Antrag als völlig zwecklos nicht mehr zustimmen könnten.

In seinem Schlußwort verlangte Scheffel gegenüber dem FGV. Bestätigung des Beitratsbeschlusses, der örtliche Uebertritte vorsieht. Gegenüber dem Lübecker Mißtrauensantrag erklärte er nur, daß in der Achtstundentagsfrage nichts mehr zu machen sei. Einem sächsischen Kritiker mußte er zugestehen, daß der Verbandsvorstand mit der Nichtbeschaffung von Streikmaterial im März eine schwere Unterlassungssünde begangen habe.

Die vorgelegten Entschließungen über die Entschädigung der rheinischen Eisenbahner für Ruhrkampfverluste, über Richtlinien für Tarifvertragsverhandlungen, über die Arbeitszeitfrage und Arbeitsrechtsforderungen, sowie die Reparationsbelastungen der Reichsbahn wurden durch weg fast einstimmig angenommen. Der Antrag auf Verschmelzung des FEV. mit dem DEV. wurde durch den Beiratsbeschluß gegen acht Stimmen für erledigt erklärt, obwohl es dabei noch zu einer erregten Geschäftsordnungs-Auseinandersetzung kam und bei der durchaus nicht einheitlichen Stimmung in dieser Frage vom Vorstandstisch aus mit allen Druckmitteln gearbeitet werden mußte. Sogar eine Begründung dieses Antrages ließ man nicht mehr zu, obwohl das für alle selbständigen Anträge bis dahin geschehen war. — Der Druck von unten und der Einheitswille waren sogar in diesem Bureaukraten-Verbandstag fühlbar, aber zu einer Aenderung der Situation reichte es noch nicht aus. Der

3. Verhandlungstag

begann mit der Beschlußfassung über die **Verteilung der Mandate zum ADGB.-Kongreß** in Breslau. Gegen die Stimmen der Opposition wurde beschlossen, daß von den zustehenden 15 Mandaten 8 Mandate auf die Verbandsdelegierten, 3 Mandate auf die Bezirksleiter und 4 Mandate auf den Vorstand entfallen sollen.

Nachdem eine ganze Reihe von Anträgen nach den Vorschlägen der Kommissionen erledigt wurden, sprach **Strassert**-Berlin über die **Sozialpolitik im Eisenbahnbetrieb** und stellte fest, daß eine katastrophale Verschlechterung des Krankenkassen-, Unfallfürsorge- und Altersversicherungswesens nach der Dawesierung der Eisenbahn Platz gegriffen habe. Infolge der Ueberlastung der einzelnen Beamten und Arbeiter sind die **Krankenziffern** in der letzten Zeit rapide **in die Höhe gegangen.** Ebenso sind

die Zahlen der Betriebsunfälle in erschreckendem Maße gestiegen.

Nach den Statistiken, die dank der Verschleierungstaktik der Reichsbahnverwaltung längst kein genaues Bild ergeben, z. B. in der Reichsbahndirektion Dresden um 127 Prozent, Elberfeld um 37 Prozent, Hannover um 43 Prozent, Karlsruhe um 246 Prozent und in München gar um 300 Prozent.

Nach der Diskussion nahm man einstimmig eine Resolution an, die von der Hauptverwaltung verlangt, den § 40 des Staatsvertrages zu beachten.

Prawitz-Berlin sprach darauf über **Besoldungsfragen** und Reichsbahngesellschaft unter besonderer Berücksichtigung des Beamtenrechts. Auch dieses Referat zeigte, daß die Reichsbahnverwaltung mit den brutalsten Mitteln die völlige Entrechtung der Eisenbahner durchführt. Der Referent sprach die Hoffnung aus, daß nach dem Zusammenschluß des DEV. mit der Reichsgewerkschaft eine günstigere Plattform geschaffen sei, auf der die organisierte Eisenbahnerschaft ihre Forderungen der Reichsbahngesellschaft gegenüber durchkämpfen könne.

Es wurde beschlossen, die zu diesem Punkt gestellten Anträge zurückzustellen, bis eine gemeinsame Kommission des DEV. und der RG. dazu Stellung genommen hat.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner für die Verschmelzung

In der am Donnerstag in Köln tagenden 4. Hauptversammlung der RG. berichtete der Vorsitzende Menne über die Vereinigungsarbeit, die gemeinsam mit der DEV.-Leitung geleistet worden ist.

Ueber den vorgelegten Statutenentwurf für die Einheitsorganisation mit dem DEV. gab es eine heftige Diskussion wegen der angeblich zu hohen Beitragssätze der Beamten und wegen der Formulierung, daß die Mitglieder zu klassenbewußter Solidarität erzogen werden sollten. Die RG. wünscht für den verschmolzenen Verband den Namen: **„Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner von Deutschland."** Unter Ablehnung verschiedener kritisierten Stellen wurde das **vorgelegte Statut angenommen.** — Freitag früh tagte die RG. noch für sich, mittags begann gemeinsame Tagung.

Der Schlußbericht des Afa-Kongresses folgt Mittwoch.

Unser großer **Saison-Ausverkauf**

zu dem wir hierdurch einladen, beginnt

Mittwoch, den 1. Juli 1925

Das gesamte Lager Konfektion, Kleiderstoffe, Hüte, Schuhe, Wäsche

ist fast ohne Ausnahme im **Preise** sehr bedeutend, zum Teil **bis auf die Hälfte herab esetzt,** ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis!

Loewendahls

2009 **Die Kleidung der Dame vom Kopf bis zu den Füßen**

Für jeden Kraftfahrer unentbehrlich:

Volckmanns Kraftfahrer-Bibliothek

Bd. 1. Der Automobilmotor u. seine Bestandteile v. Ing. C. W. Vogelsang, 3. Aufl. Kart. . . M. 3.—
„ 2. Der Kraftwagen, seine Bedienung und Pflege v. Dipl.-Ing. Hessler, 2. Aufl. „ . . M. 3.—
„ 3. Das Motorrad, sein Bau u. seine Behandlung v. Ing. C. W. Vogelsang, 5. Aufl. Leinenbd. M. 3.50
„ 4. Die Kraftfahrschule in Frage und Antwort von Dipl.-Ing. Hessler, 3. Aufl. Kart. . . M. 3.—
„ 5. Autohandbuch: Bau, Handhabung u. Reparaturen v. Ing. R. Thebis, 2. Aufl. „ . . M. 3.—
„ 8. Leicht-Motorräder von Ingenieur C. W. Vogelsang . . . . . Kart. . . M. 3.—
„ 9. Der Motorradfahrer von Ingenieur R. Thebis . . . . . „ . . M. 3.—
„ 10. Das Klein-Auto für den Selbstfahrer von Ingenieur R. Hofmann . . . . Leinenbd. M. 3.50
„ 11. Lastkraftwagen und Nutzfahrzeuge von Ingenieur R. Hofmann . . . . „ M. 5.—
„ 12. Reparaturen am Motorrad von Ing. R. Thebis . . . . . „ M. 3.50

Sämtliche Bände sind reich illustriert

Zu beziehen durch:

Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44

Bekanntmachungen

Die Zinsen beim städt. Leihamt werden vom 1. Juli 1925 an auf 5 Prozent monatlich für Darlehen bis 30 Mk. und 4 Prozent monatlich über 30 Mk. herabgesetzt. 2011

Halle, den 28. Juni 1925 **Der Magistrat**

Um vielfach geäußerten irrtümlichen Meinungen zu begegnen, wird darauf hingewiesen, daß die örtlichen Preisprüfungsstellen nach wie vor auf Grund der Preisprüfungs-Verordnung vom 13. Juni 1923 bestehen und daß demnach auch **die Preisprüfungsstelle für den Stadtkreis Halle** unverändert die Befugnisse gemäß jener Verordnung auszuüben verpflichtet ist 2012

Halle, den 26. Juni 1925 **Der Magistrat**

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27

(Volkspark) ca. 5000 Bände

Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr

Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Großer Saison-Ausverkauf!

Beginn: Mittwoch, den 1. Juli

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen, um meine gewaltigen Läger unbedingt zu räumen 2015

Als Beweis der großen Billigkeit sind die Preise einiger Artikel angeführt:

Herren-Jackett-Anzüge	in vielen Modefarben, gute Stoffe, große Auswahl	jetzt nur	23,50
Manschester-Anzüge	Sportfassons mit Breeches oder langen Hosen, prima Qualitäten	jetzt nur	11,50
Knaben-Anzüge	modernste Neuheiten, haltbare Stoffe, schöne Muster	jetzt nur	5,95
Gummi-Mäntel	wasserdichte Qualitäten, modernste Verarbeitungen	jetzt nur	16,75
Herren-Stoff-Hosen	in den modernen schwarz/weiß gestreiften Mustern	jetzt nur	4,75
Männer-Nenleder Hosen	in seit Jahren bewährten waschechten Qualitäten	jetzt nur	4,50
Männer-Manschester-Hosen	in allen Farben, nur prima Qualitäten	jetzt nur	9,50
Männer-Wasch-Joppen	grüne, helle und dunkle Farben, waschechte Sorten	jetzt nur	4,95
Breeches-Hosen	mit doppeltem Gesäß, gute Strapazier-Qualitäten	jetzt nur	5,95
Schlosser-Jacken und -Hosen	in unübertroffenen waschechten Qualitäten	à Stück nur	2,80
Knaben-Hosen	in großen Mengen, schöne Farbenauswahl haltbare Stoffe	jetzt nur	2,80
Leibchen-Hosen	aus Restern gearbeitet, daher so unübertroffen billig	jetzt nur	1,80

Ernst Renner

Markiplatz 14, direkt an der Großen Klaussstraße

Ein Riesen-Luftballon gratis bei Einkauf von 3 Mk. an

Hausfrauen! Beste Einkaufsquelle für Kolonialwaren **Merkel** Zeitz Roßmarkt 7

Nur eine Anzeige im gelesensten Organ der werktätigen Bevölkerung und Sie sind unser ständiger Inserent

Seifenhändler! Wiederverkäufer! Billigste Bezugsquelle in Kernseife, Schmierseife, Toilettenseife, Seifenpulver Schuhcreme, Fliegenfänger Seifen-Engros-Haus **Baruch & Co.** Thielenstraße 4 2910 (Am Bahnhof, Ausgang Thielenstr.)

Meine **Zahnpraxis** habe ich nach **Piesteritz, Mittelstraße 18** verlegt Behandlung der Mitglieder sämtlicher Krankenkassen **Victor Klatt,** staatlich geprüfter Dentist Telephon 568 999

Parteischriften Schulbücher Schultafeln usw. empfehlen die **Volksbuchhandlungen.** Lerchenfeldstraße 14 Harz 42/44

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250629-16/fragment/page=0008